

AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82323 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de



2 / 2006

Schulpolitik: mangelhaft? Lernen aus dem PISA-Schock

Der PISA-Schock sitzt den Bildungspolitikern noch immer tief in den Knochen. Seit im Dezember 2001 zum ersten Mal die schlechten Noten für Deutschlands Schulwesen bekannt wurden, steht das gesamte System auf dem Prüfstand. Die aktuelle Debatte um Gewalt an Schulen hat die Diskussion noch intensiviert.

Laut der letzten PISA-Studie haben Kinder aus sozial benachteiligten Schichten deutlich geringere Chancen auf eine gute Schulbildung. Die Förderung und Differenzierung benachteiligter Schüler ist unzureichend.



Bildungsforscher Manfred Prenzel präsentiert PISA-Ergebnisse.

Foto: Schröder

In Deutschland wird deutlich weniger Geld für Bildung ausgegeben als in vergleichbaren Industrieländern und gerade in die Schularten mit den größten Problemen wird zu wenig investiert.

Unsere Fachtagung „Schulpolitik: mangelhaft? Lernen aus dem PISA-Schock“, noch vor Beginn der dritten PISA-Forschungs-Staffel terminiert, versammelte namhafte Experten aus Wissenschaft, Politik und Schulpraxis.

Seite 9

Arbeitslosigkeit ohne Ende?

Arbeitslosigkeit ist das Problem der deutschen Gesellschaft. Seit dreißig Jahren beißt sich die Politik daran die Zähne aus, mehrere Regierungen sind deshalb gescheitert. Wie will die schwarz-rote Koalition dies Thema angehen? Zur Klärung dieser Frage organisierte die Akademie eine Tagung, auf der der Vizekanzler und zuständige Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, die Vorstellungen der Bundesregierung erläuterte.



Arbeitsminister Franz Müntefering stellte die Strategie der Großen Koalition dar.

Foto: Willenborg

Seite 3

Politik und Religion

Es war ein weites Feld an schwierigen Themen, das sich Teilnehmer und Referenten der Tagung „Religiöse Musikalität“ – Ein Fundament normativer Politikorientierung“ vorgenommen hatten. Denn es ging um



Christlicher Hintergrund für Politik: Der ehemalige Kultusminister Hans Maier

Foto: Wolf

nicht weniger als die grundsätzliche Frage nach dem Verhältnis von Politik und Glaube, Glaube und Moral zueinander. Sind wir Zeugen einer Renaissance des Religiösen?

Seite 26

Auf dem Weg in die Bürgergesellschaft

Das Stichwort „Bürgergesellschaft“ hat Konjunktur. Es beschreibt ein Gesellschaftsmodell, in dem der Staat eine zunehmend geringere Rolle spielt und bürgerschaftliches Engagement und Ehrenämter entstehende Lücken füllen. Lücken, die insbesondere auch durch die chronische Finanznot der Gemeinden entstehen.

Kommunalpolitiker und Journalisten klärten in einem Seminar Standpunkte und ihre Rollenverteilung in diesem gesellschaftspolitischen Umwandlungsprozess.

Seite 29

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Arbeitslosigkeit ohne Ende?	3
Streit über die richtigen Instrumente	7
Schulpolitik: mangelhaft?	9
Was heißt Bildung heute?	13
Differenzen zwischen Anspruch und Realität	17
<u>Akademiegespräch im Landtag:</u> PISA – Fakten und Legenden	18
<u>Forum Politische Bildung:</u> In der Verschiedenheit die Normalität entdecken	19
Das Zuwanderungsgesetz in der Umsetzung	23
<u>Politik und Religion:</u> Handlungsorientierung: ja – Handlungsanweisung: nein	26
Bürgergesellschaft und Ehrenamt nicht zum Nulltarif	29
Bürger springen in die Bresche	31
Bayerns Weg in die Moderne	32
Gerechtigkeit global	33
Neue Energien für die transatlantischen Beziehungen	35
Steile Stufen haben ihren Schrecken verloren	35
Die Chancen der Akademie noch offensiver nutzen	36
Piazolo verlässt Tutzing in Richtung Hauptstadt	37
Pressespiegel	38
Themen – Tagungen – Termine	43
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	48

Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:

K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:

Saskia **Hieber**, M.A.

Internationale Politik

Stefan **Köppl**, M.A.

Pers. Referent des Direktors

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent

Medien, Kommunikationspolitik,

Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent

Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**, Dipl. Soz.

Gesellschaft und Umwelt,

Sozialpolitik und -arbeit

Miriam **Wolf**, M.A.

Politische Ethik, Grundwerte

Organisationsreferat:

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Karin **Siebert**, M.A.

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Internet: <http://www.apb-tutzing.de>

E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich **Oberreuter**
(verantw.)

Dr. Michael **Schröder**

(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:

Dinauer Medienbetrieb GmbH

Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Arbeitslosigkeit ohne Ende?

Die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik der neuen Regierung in der Kontroverse

Arbeitslosigkeit ist das Problem der deutschen Gesellschaft. Seit dreißig Jahren beißt sich die Politik daran die Zähne aus, mehrere Regierungen sind deshalb gescheitert. Wie will die schwarz-rote Koalition dieses Thema angehen? Zur Klärung dieser Frage organisierte die Akademie eine Tagung, auf der der Vizekanzler und zuständige Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, die Vorstellungen der Bundesregierung erläuterte (siehe den nächsten Beitrag).

Einleitend stellte der frühere Akademiedozent Peter Hampe in den Mittelpunkt seiner Analyse die unterschiedliche Bewältigung der drei Konjunkturkrisen 1966/67, 1974/1975 und 1980/82. Nach 1967 gelang die Überwindung der Krise mit einer von Keynes inspirierten Politik der Nachfragesteuerung. Der rasche Erfolg der beiden Konjunkturprogramme – 1969 herrschte bereits wieder Vollbeschäftigung – festigte in Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit das Vertrauen, mit dieser neuen wirtschaftspolitischen Strategie das Problem der Massenarbeitslosigkeit ein für alle Mal besiegen zu können.

Schuldenabbau gescheitert

In den beiden folgenden Krisen, als mit viel größerem Mitteleinsatz bei stark steigender Staatsverschuldung die Nachfrage angeregt wurde, blieb auch bei anziehender Konjunktur ein dramatisch anwachsender Sockel von Arbeitslosen zurück. War die Keynes'sche Theorie damit gescheitert? Hampe differenziert: Karl Schillers Erfolg nach 1967 wurde von einer boomenden Weltkonjunktur sowie dem Vertrauen der Öffentlichkeit in seine wirtschaftspolitische Kompetenz vielleicht noch mehr unterstützt als von seinen Konjunkturprogrammen. Und die Regierung unter Kanzler Helmut Schmidt schaffte es immerhin, die Beschäftigung merklich zu steigern, nur nicht so stark, dass damit das wachsende Erwerbspersonenpotenzial in Arbeit gekommen wäre. Sie be-

trieb ihre Politik der Nachfragestimulierung auch nur halbherzig, weil sie gleichzeitig den Haushalt konsolidierte. Zudem fanden sich die Gewerkschaften zu keiner maßvollen Lohnpolitik bereit. Gescheitert ist eher die Politik, nämlich mit dem Schuldenabbau in der Hochkonjunktur, der zweiten Säule Keynes'scher Konjunktursteuerung.



Arbeitsmarktforscher Ulrich Walwei: Zweiteilung des Arbeitsmarktes
Fotos: Nerb

Die Regierung Kohl ging zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik über, wie man weiß ebenfalls mit begrenztem Erfolg. Man hat in Deutschland, so Hampes Resümee, aus einer fast ideologischen Verfestigung heraus jeweils zu einseitig auf *ein* Konzept gesetzt.

Ulrich Walwei vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg zog eine ernüchternde Bilanz der arbeitsmarktpolitischen Refor-

men seit der Einheit 1990. Deutschland habe ein relativ stark reguliertes Normalarbeitsverhältnis, Reformen hätten sich auf die temporären Arbeitsverhältnisse konzentriert. Ergebnis sei eine Zweiteilung des Arbeitsmarktes in immer noch gut gesicherte Stammbesoldungen und eine Randbelegschaft, die hohe Risiken trägt. Im Niedriglohnssektor habe man bei den Vollerwerbstätigen die Abgaben nicht gesenkt, sondern leider nur für Mini- und Midi-Jobs. Dieser Bereich expandiere, aber er habe sich nicht als Einstiegsweg von Arbeitslosen in die sozialversicherungspflichtige und Existenzsichernde Vollerwerbstätigkeit erwiesen. Die Anhebung des Schwellenwertes für Kündigungsschutz in Kleinbetrieben habe bisher die Einstellungsbereitschaft offensichtlich nicht wesentlich beeinflusst.

Druck erhöht

Die Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne sei sicher am stärksten reformiert worden: Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, aktivierende Maßnahmen, zuletzt die Hartz-Reformen, mit denen der Schwerpunkt eindeutig von der Förderung zur Aktivierung wechselt. Der Druck zur Aufnahme einer Beschäftigung habe sich eindeutig erhöht.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) habe neben einem tief greifenden organisatorischen Umbau auch gravierende Veränderungen ihrer Programme umsetzen müssen. Eingliederungsmaßnahmen seien sehr stark zusammengestrichen worden; man interveniere jetzt viel früher bei einer vermuteten Gefahr längerer Arbeitslosigkeit.

Eindeutig gescheitert seien die Personal-Serviceagenturen. Die Ich-AG's boomten noch immer, bisher habe hier aber eine kritische Kontrolle vor der Bewilligung gefehlt. Dass es insgesamt über 80 verschiedene Programme gab, war eine Überforderung für die BA, aber auch für die Betriebe und die Kli-

enten. Der Paradigmenwechsel hin zu mehr Arbeitsmarktflexibilität sei auf dem Papier vollzogen, die praktische Umsetzung hänge aber noch nach. Insgesamt hätten die Regierungen Kohl und Schröder die Arbeitsmarktpolitik mit zu hohen Erwartungen überfrachtet. Letztlich könne ein substanzieller Abbau der Arbeitslosigkeit eben nur über mehr Beschäftigung kommen.

Internationaler Vergleich

Ist die Arbeitslosigkeit das unabwendbare Schicksal hochindustrialisierter Länder? Warum liegt sie dann in den USA, Großbritannien, den Niederlanden, aber auch vielen skandinavischen Ländern um etwa die Hälfte niedriger? Werner Eichhorst vom Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit in Bonn (IZA), Wolfgang Ochel (Ifo-Institut München) und Henry Werner (Kulturattaché der dänischen Botschaft) gingen dieser Frage anhand von Länderanalysen nach.

Einig war man sich weitgehend darin, dass Deutschlands hohe Arbeitslosigkeit nicht alleine durch Sonderbedingungen (vor allem die deutsche Wiedervereinigung) und die ausgeprägte Wachstumsschwäche, sondern auch durch die Strukturen auf den Arbeitsmärkten zu erklären ist. Erfolgreiche Länder besaßen entweder günstigere institutionelle Voraussetzungen oder konnten durch einschneidende Reformen die Höhe und Dauer von Lohnersatzleistungen senken, den Transferbezug kürzen, die aktive Arbeitsmarktpolitik intensivieren, die Lohnfindung dezentralisieren oder die Koordination von Tarifverhandlungen stärken. Ein weiterer Kernpunkt war, die Steuern und Sozialabgaben auf den Faktor Arbeit zu reduzieren.

Deregulierung und geringe Absicherung

Die USA und Großbritannien weisen traditionell deregulierte Arbeitsmärkte mit stärkerer betrieblicher Lohnfindung, eine niedrige Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit und eine geringe soziale Absicherung auf. Kennzeichnend sind eine starke Lohn-

Notwendige Investitionen in Bildung

Ein in vielen Beiträgen auftauchender Leitgedanke, der auch in den Diskussionen mit den Referenten eine große Rolle spielte, waren die Anstrengungen, die Deutschland im Bereich Bildung und Qualifizierung unternehmen muss. Ein Hochtechnologie- und Hochlohnland kann seine Position im internationalen Wettbewerb nur halten bei einem entsprechenden Ausbildungsstand der Beschäftigten. Nur so lassen sich Forschungs- und Entwicklungskapazitäten binden und gleichzeitig technologieintensive Produktionen in Deutschland halten. Schon jetzt zeigen beängstigende Prognosen, dass wir möglicherweise in wenigen Jahren unter einem Facharbeitermangel leiden werden. Das könnte weitere Produktionsverlagerungen auch in technologieintensiveren Bereichen nach sich ziehen.

Die aus demografischen Gründen etwa ab dem Jahr 2015 mögliche Entlastung am Arbeitsmarkt wird nur eintreten, wenn Arbeitsangebot und -nachfrage zusammenpassen. Das setzt aber hohe Investitionen in Aus- und Fortbildung, aber auch in die Bildungsfähigkeit unserer Jugendlichen voraus. Anzumerken bleibt ferner, dass die hohe Sockelarbeitslosigkeit vor allem der gering qualifizierten und älteren Arbeitnehmer den Einsatz gezielter arbeitsmarktpolitischer Instrumente erfordert. Die Frage, wie eine konsistente Lösung aussehen könnte, die die engen Haushalts-spielräume und die sozial- und verfassungspolitischen Vorgaben (Grundsicherungsniveau) beachtet, Mitnahmeeffekte verhindert und zugleich politisch durchsetzbar ist, blieb auf der Tagung offen.

Quai/KHW

spreizung (Differenz zwischen niedrigen und hohen Löhnen) sowie eine hohe Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes. Die Arbeitsmarktpolitik ist – ohne nennenswerte Mitwirkung von Verbänden – insofern aktivierend ausgerichtet, als sie im Niedriglohnsektor über staatliche Zuschüsse (in den USA Steuergutschriften) die Arbeitsaufnahme fördert, um Armutsfallen und Dauerarbeitslosigkeit zu verhindern. Dies setzt aber eine niedrige Grundsicherung und restriktive Regelungen beim längerfristigen Bezug von Sozialleistungen voraus.

Ausgehend von einer hohen sozialen Grundsicherung sowie einer ausgaben- und maßnahmenintensiven Arbeitsmarktpolitik gingen die skandinavischen Länder in den 90er Jahren einen anderen Weg. Ohne drastische Beschränkung der Sozialleistungen verstärkten sie – auch in Absprache mit den Sozialpartnern – die Vermittlungs-

bemühungen und verschärften die Zumutbarkeits- und Verfügbarkeitskriterien. Dänemark kombinierte dies mit einem stark liberalisierten Arbeitsmarkt (unter anderem wurde der Kündigungsschutz drastisch reduziert). Der Sozialstaat ist zudem mehr auf soziale Dienstleistungen als auf passive Transfers ausgerichtet und wird (insbesondere in Dänemark) stärker über Steuern finanziert. Eine hohe Belastung der Löhne über Sozialabgaben wie in Deutschland wird dadurch vermieden.

Durch die Kombination dieser Maßnahmenbündel gelang es vielen skandinavischen Ländern, ein höheres Beschäftigungsniveau zu erreichen und hohe Langzeitarbeitslosigkeit oder den langen Bezug von Sozialleistungen zu vermeiden, ohne dass wie in den angelsächsischen Ländern ein ausgeglichener Niedriglohnsektor sowie hohe Lohnspreizung entstanden.

Streit um Kombi- und Mindestlöhne

Der Volkswirtschaftler Joachim Möller stellte die Frage, ob Mindest- oder Kombilöhne einen Ausweg aus der Beschäftigungskrise weisen. Theorie und Empirie geben keine eindeutigen Antworten. Nach einem klassischen Wettbewerbsmodell des Arbeitsmarktes begrenzen Mindestlöhne die Beschäftigung im Niedriglohnbereich. In einem anderen Modell, in dem Unternehmen durch Marktmacht die Löhne bestimmen können (Monopson-Modell), ist sogar bei Einführung von Mindestlöhnen ein gleichzeitiger Anstieg von Beschäftigung und Löhnen möglich.

Erstaunlich ist, dass selbst die empirischen Arbeiten renommierter Arbeitsmarktforscher konträre Ergebnisse aufweisen. Verschiedene Datensätze sind ein Erklärungsansatz, aber in den Sozialwissenschaften beeinflusst selbst bei jeweilig methodisch sauberem Vorgehen die Grundorientierung des Wissenschaftlers auch die Forschungsergebnisse. Während Möller in den USA und Großbritannien negative Wirkungen der Mindestlöhne auf die Beschäftigung für wenig wahrscheinlich hält,

bewertet er die Ergebnisse für Frankreich (insbesondere für Jugendliche) eindeutig negativ. Hierfür macht er verschiedene institutionelle Rahmenbedingungen auf den Arbeitsmärkten



Joachim Möller: Mindestlöhne dringend differenzieren.

verantwortlich. Da der deutsche Arbeitsmarkt dem französischen ähnlicher sei als dem angelsächsischen, rät er unseren Politikern zu äußerster Vorsicht. Wenn allerdings die Einführung von Mindestlöhnen – wie er vermutet – politisch gewollt sei, dann wäre eine regionale und branchenbezogene Differenzierung dringend anzuraten.

Bezüglich der Kombilöhne gab er zu bedenken, dass nennenswerte Beschäftigungseffekte nur zu erwarten seien, wenn es eine substanzielle Aufstockung der Niedriglöhne gäbe. Werden diese Kosten über die Beitragszahler der Sozialkassen finanziert, fallen die Effekte für den Arbeitsmarkt per Saldo eher negativ aus. Sinnvoller wäre dann eine stärkere Steuerfinanzierung, doch müsse man mit negativen Effekten für die Konjunktur rechnen. Auch sei die Gefahr von Mitnahmeeffekten zu bedenken, da Unternehmen die Subventionen einkalkulieren und niedrigere Löhne anbieten. Diesem Effekt wäre nur bei gleichzeitiger Einführung von Mindestlöhnen zu begegnen, die allerdings eine stärkere Lohnspreizung verhindern. Dies kann sozialpolitisch gewollt sein, doch die Beschäftigung in den weniger qualifizierten Bereichen wird dadurch nicht gefördert.

Dies alles zeige, dass man zu wohlüberlegten und differenzierten Lösungen kommen müsse. Dabei sollte man durchaus erst einmal nur regional experimentieren, bevor schwer revidierbare und kostenintensive Gesamtlösungen flächendeckend eingeführt würden, so Möllers Meinung. ►



Karikatur: Stuttmann

Zwiespältige Bilanz

Heike Maria Kunstmann, Hauptgeschäftsführerin beim Arbeitgeberverband Gesamtmetall, bescheinigte der Großen Koalition einen exzellenten Start. Die Regierung Merkel habe die Absicht, die Reform der Arbeitsverwaltung, die Reduzierung der Lohnzusatzkosten, die Senkung der Eintrittsbarrieren für Arbeitslose und die Haushaltskonsolidierung anzugehen.



Heike Maria Kunstmann, Hauptgeschäftsführerin beim Arbeitgeberverband Gesamtmetall, bescheinigte der Großen Koalition einen exzellenten Start.

Auch auf dem Feld der Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne überwiege das Positive. Die schmerzhaften Eingriffe seien ja schon unter Rot-Grün erfolgt, aber die Regierung halte hier im Wesentlichen Kurs (Ausnahmen: Verlängerung der 58er-Regelung, Ost-West-Angleichung beim Arbeitslosengeld II). Bei der Sozialpolitik komme gerade noch eine ausgeglichene Bilanz zustande. Bei Gesamtmetall denke man darüber nach, Vermögensbildung mit Altersvorsorge zu verbinden. Für solche Konzepte brauche man Planungssicherheit. Was aber 2007 neben den höheren Rentenbeiträgen noch alles komme, sei besonders bei Gesundheit und Pflege nicht zu erkennen. Unterm Strich negativ müssten aber die geplanten Veränderungen des Arbeitsrechts gewertet werden. Der Wegfall der sachgrundlosen Befristung,

eines gerade für Klein- und Mittelbetriebe wichtigen Instrumentes, sei aus Sicht der Unternehmen eine Verschlechterung. Gesamtmetall plädiere für ein Optionsmodell, dass die Wahl lasse zwischen langen Probezeiten einerseits, kürzeren Zeiten oder sachgrundlosen Befristungen andererseits.

Bei Kombilöhnen und gesetzlichen Mindestlöhnen, auch in Kombination, zweifle Gesamtmetall an der Wirksamkeit wie an der Beherrschbarkeit der Kosten. Mit dem Arbeitslosengeld II gebe es zudem ein deutsches Kombilohnmodell. Gezielte Maßnahmen etwa für Jugendliche und Ältere seien zu bevorzugen. Die jüngsten Absichtserklärungen der Regierung zum Kombilohn scheinen in die gleiche Richtung zu gehen.

Binnennachfrage lahm

Wilhelm Adamy, im DGB-Bundesvorstand für den Bereich Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zuständig, stellte fest, dass 15 Jahre zu einseitig angebotsorientierte Wirtschaftspolitik dem Arbeitsmarkt nicht geholfen hätte. Der wichtigste Konjunkturfaktor Binnennachfrage lahmte noch immer. Hier sei mittelfristig nur von einer Steigerung der Massenkaufkraft Besserung zu erwarten.

Griff in die Sozialkassen

Er bescheinigte der Großen Koalition einen Auftakt mit Licht und Schatten und wies auf einen bisher wenig beachteten Griff der Regierung in die Sozialkassen hin. So wolle die Regierung die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte, das heißt etwa 14 Milliarden Euro, senken. Für die Kompensation aus der Mehrwertsteuererhöhung seien aber nur 6,5 Milliarden Euro vorgesehen. Gewerkschaften und Arbeitgeber seien einhellig der Auffassung, dass die Bundesagentur für Arbeit aus ihrem Haushalt unmöglich mehr als einen Beitragspunkt einsparen könne.

Auch bei der gesetzlichen Krankenversicherung seien für 2006 und die Folgejahre nur noch stark gekürzte Zu-

schüsse vorgesehen. Bei der gesetzlichen Rente sei eine Beitragsanhebung um 0,4 Prozentpunkte geplant. Zur Hälfte werde die aber konsumiert durch die Senkung der Beitragszahlungen des Bundes für Hartz IV-Empfänger. Die in der Tat unabwendbare Haushaltskonsolidierung werde auf Kosten



Wilhelm Adamy vom DGB stellte fest: „15 Jahre zu einseitig angebotsorientierte Wirtschaftspolitik haben dem Arbeitsmarkt nicht geholfen.“

der Sozialkassen, sprich der Beitragszahler betrieben. Dieser Politik fehle die soziale Balance. Künftig wieder ansteigende Beitragssätze seien vorprogrammiert. So gerate die Politik in einen Widerspruch zum allseits proklamierten Ziel, die Lohnzusatzkosten zu senken. ■

*Wolfgang Quaisser
Karl-Heinz Willenborg*

(siehe Presseschau Seite 40)

Streit über die richtigen Instrumente

Unterschiedliche Akzente bei Regierung und Opposition

Bundesarbeitsminister und Vizekanzler Franz Müntefering eröffnete seine Rede mit der Feststellung, man könne angesichts positiver konjunktureller Signale endlich mit gewissen Hoffnungen in die Zukunft schauen. Freilich sei für Euphorie noch kein Anlass, denn was die 1,5 bis 1,7 Prozent Wachstum für die Beschäftigung

bringen würden, bleibe abzuwarten. Für die deutsche Arbeitsmarktpolitik schädlich sei die fast schon ideologisch aufgeladene Diskussion über die Instrumente. Mindestlohn, Kombilohn, oder welche Maßnahme auch immer, darüber müsse pragmatisch entschieden werden im Lichte der Ziele, die die Große Koalition sich gesteckt habe.

Im Koalitionsvertrag heißt es dazu ziemlich vorsichtig „mehr Menschen die Chance auf Arbeit geben“. Dahinter steht die Vorstellung, dass Deutschland heute und für künftige Generationen seinen Wohlstand als Hochleistungs- und Hochlohnland erhalten muss und dass auch gering Qualifizierte mit ihrer Arbeit eine Familie ernähren können.

Teil eines Kampfes gegen die Spaltung der Gesellschaft sei das Arbeitslosengeld II, für das im Vorjahr 25 Milliarden Euro ausgegeben wurden, gut 10 Milliarden mehr als vorgesehen. An einigen Punkten habe man hier jetzt gegensteuern müssen, zum Beispiel mit der gesetzlichen Klarstellung, dass junge Menschen bis 25 in der Regel zu ihrer Familie gehören. Es gehe nicht an, dass sich 18-Jährige auf Kosten der Allgemeinheit von ihren Familien separieren und eigene Bedarfsgemeinschaften anmelden.

Für den Zusammenhalt der Gesellschaft sei der Übergang von der Schule in den Beruf die strategische Stelle. Die Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen sei in Deutschland zwar nur halb so groß wie in Frankreich, aber 600 000 sei trotzdem eine erschreckende Zahl, vor allem weil 400 000 davon ohne Ausbildung und damit inzwischen fast ohne Chance seien. Ein Arbeitgeber nehme auch für Tätigkeiten auf unterster Qualifikationsstufe lieber Personen mit Ausbildung, weil er unterstelle, dass die wenigstens arbeiten, sprich aufstehen und erscheinen, gelernt hätten.

Probleme unter 25 und über 50

Die Aktion „Unter 25“ setze hier an. Mit intensiver Betreuung in den Arbeitsagenturen (nicht mehr als 75 Fälle pro Vermittler), Arbeitsangebot



Vizekanzler Franz Müntefering: „Deutschland braucht mehr Kinder und eine höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen.“ Rechts im Bild Akademiedirektor Heinrich Oberreuter.

Fotos: Willenborg/Nerb

spätestens nach drei Monaten (Stand: 4,4 Monate) und mit Qualifizierungsmaßnahmen sollen der Kontakt zur Arbeit und die Fähigkeit, den Tag zu strukturieren, erhalten bleiben. Für die über 50-Jährigen werde er im Sommer ein Programm vorstellen, aber hier gehe es zusätzlich darum, die weit verbreitete Vorstellung zurück zu drängen, dass diese Altersgruppe nicht mehr leistungsfähig sei.

Im Herbst werde man zum Bereich Kombilohn, Mindestlohn und Entsen-

degesetze (damit macht man branchenspezifische Mindestlöhne) Vorschläge machen. Für punktuelle, zeitlich begrenzte, degressive Lohnkostenzuschüsse sei er durchaus offen, zum Beispiel für Jüngere oder Ältere. Nicht mit ihm zu machen sei aber die Eröffnung eines flächendeckenden Niedriglohnbereichs mit dauerhaften Lohnsubventionen.

Scheinbar ganz nebenbei teilte der Bundesarbeitsminister mit, dass er die Arbeit seines Hauses an einer Geset-



zesänderung beim Kündigungsschutz gestoppt habe. Die von der Union der SPD im Koalitionsvertrag abgerungene Ausdehnung der Probezeit auf 24 Monate (bei Verzicht auf die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen auf 24 Monate) werde inzwischen von der CSU und den Arbeitgeberverbänden als Verschlechterung gesehen. Er habe diese Regelung auch nicht gewollt, also lasse man es.

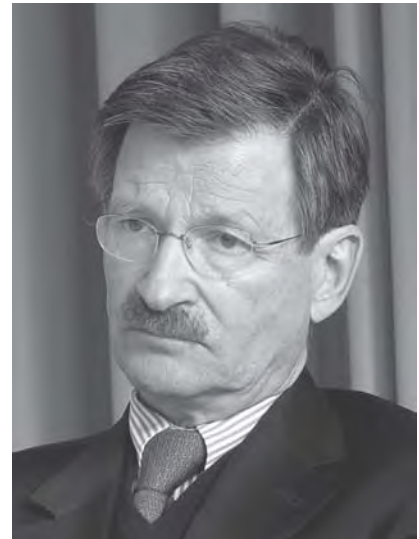
Wenn man über das Jahr 2006 und auch die aktuelle Legislaturperiode hinaus schaue, kämen Themen wie Bildung und Ausbildung und der demografische Wandel in den Blick (siehe Kasten Seite 4). 12 Prozent der

entstehenden Lücken am Arbeitsmarkt nachdenken. Mit Zuwanderung seien sie nicht zu schließen, schon gar nicht mit einer Nettozuwanderung von 100 000 pro Jahr, wie wir sie derzeit hätten. Deutschland brauche mehr Kinder und eine höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen.

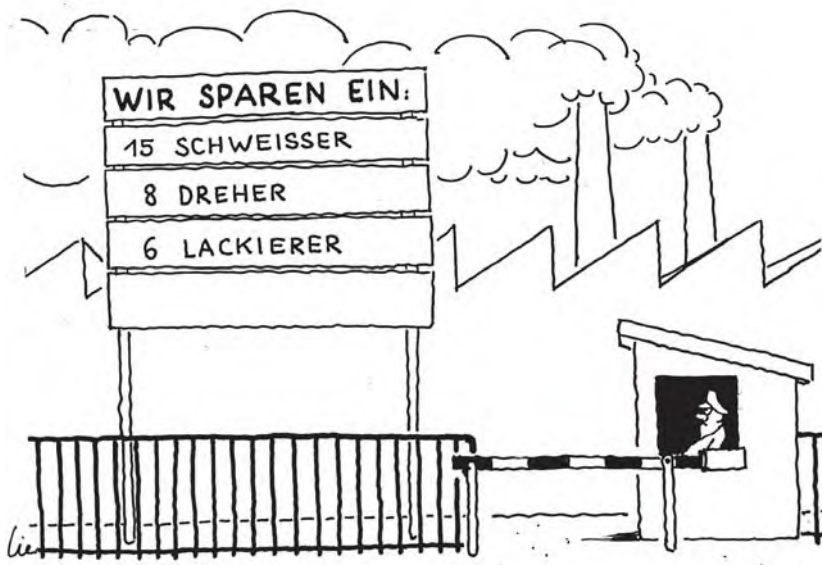
Liberaler Forderungen und Kritik

Während Regierung und Opposition die Arbeitsmarktprobleme in vielen Bereichen ähnlich bewerteten, setzte Hermann Otto Solms (FDP) hinsichtlich der Ursachenanalyse und der The-

tionsvereinbarungen. In diesem Zusammenhang wandte sich Solms gegen die von der CDU geäußerten Vorschläge, befristete Arbeitsverträge einzuschränken und dafür die Probezeit auf zwei Jahre zu verlängern. Eine Kombination beider Maßnahmen wäre stattdessen sinnvoll.



Hermann Otto Solms (FDP) will generell das Umfeld für Unternehmer verbessern.



Zeichnung: Liebermann

Schüler verlassen heute die Schule ohne Abschluss, 20 Prozent der 25 bis 35-Jährigen sind ohne Berufsabschluss – zwei katastrophale Zahlen.

Wenn die Unternehmen in 20 Jahren, nachdem die starken Jahrgänge den Arbeitsmarkt verlassen hätten, noch genug Facharbeiter haben wollten, müssten sie mithelfen, diesen jungen Leuten bessere Chancen zu geben, denn 40 Prozent eines Jahrgangs brauche die Wirtschaft für Tätigkeiten mit Hochschulausbildung. Trotz der heutigen Arbeitslosigkeit müsse man zudem über die künftig wahrscheinlich

rapieansätze doch deutlich andere Akzente als sein Vorredner Müntefering. Die liberale Kritik bezog sich unter anderem auf die vergleichsweise restriktiven Arbeitsmarktregelungen wie starre Tarifverträge und die Mitbestimmung. Insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen müssten Arbeitszeit und Löhne deutlich flexibler gestaltet werden. Betriebliche Bündnisse für Arbeit ohne Zustimmung der Tarifparteien, eine Lockerung des Kündigungsschutzes sowie eine radikale Durchforstung bürokratischer Hemmnisse ergänzten die liberalen Forderungen. Dies fehle in den Koali-

Den zu hohen Lohnzusatzkosten möchte Solms mit einer Entkoppelung von Sozialkosten und Löhnen begegnen. Für eine Lösung hält er die aktivierende Sozialhilfe des Münchener Ökonomen Hans-Werner Sinn, die bei einer Absenkung der sozialen Grundversicherung stärker die Arbeitsaufnahme (ähnlich dem amerikanischen Modell) fördert. Eine weitere Reduzierung der Lohnzusatzkosten wäre durch eine stärkere Eigenvorsorge und eine stärkere Umstellung der Sozialsysteme auf Kapitaldeckungsverfahren zu erreichen. Ergänzend müsste eine umfassende Steuerreform das Umfeld für Unternehmer generell verbessern. ■

Wolfgang Quaiser/
Karl-Heinz Willenborg

(Siehe Presseschau auf Seite 40)

Schulpolitik: mangelhaft?

Lernen aus dem PISA-Schock

Der PISA-Schock sitzt den Bildungspolitikern noch immer tief in den Knochen. Seit im Dezember 2001 zum ersten Mal die schlechten Noten für Deutschlands Schulwesen bekannt wurden, steht das gesamte System auf dem Prüfstand. Die Hiobs-Botschaften neuerer Studien reißen nicht ab: So wirft die OECD deutschen Lehrern vor, sie seien überaltert, schlecht ausgebildet, häufig überfordert und ausgebrannt. Laut neuester PISA-Stu-

die haben Kinder aus sozial benachteiligten Schichten deutlich geringere Chancen auf eine gute Schulbildung. Die Förderung und Differenzierung benachteiligter Schüler ist unzureichend. In Deutschland wird deutlich weniger Geld für Bildung ausgegeben als in vergleichbaren Industrieländern und gerade in die Schularten mit den größten Problemen wird zu wenig investiert. Schüler in Deutschland erhalten deutlich weniger Unterricht und

die Klassen sind größer als in den meisten anderen Industrienationen.

Unsere Fachtagung „Schulpolitik: mangelhaft?“ unter Leitung von Heinrich Oberreuter und Michael Schröder versammelte namhafte Experten aus Wissenschaft, Politik und Schulpraxis. Die sehr große Teilnehmerzahl bewies, dass mit dem Thema offenkundig der Nerv der aktuellen Debatten rund um die Schule getroffen wurde.

Der deutsche PISA-Koordinator Manfred Prenzel von der Universität Kiel rief die zentralen Ergebnisse der ersten beiden Studien in Erinnerung: Die Leistungen der Schüler aus Deutschland lagen 2003 in Mathematik, Lesen und Problemlösung im internationalen OECD-Durchschnitt. Die Befunde für Deutschland lassen relative Stärken und Schwächen der mathematischen Kompetenz erkennen. Zwischen den Bundesländern gibt es einen Abstand von 60 Punkten zwischen dem Schlusslicht Bremen und dem Spitzenreiter Bayern. Das entspricht 18 Monaten Schulzeit. Prenzel sagte, es gäbe ausgeprägte Schwächen und zu wenig entwickelte Stärken: „Aber es ist vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2003 in Mathematik und Naturwissenschaften besser geworden.“ Die Zuwächse seien statistisch und praktisch bedeutsam. Ein hoher Anteil an Gymnasiasten sichere noch keine mathematische Kompetenz: Bayern hat einen relativ geringen Anteil (26,5 Prozent), aber die höchste Kompetenz; dagegen findet man die niedrigste Kompetenz in Bremen, Berlin und Hamburg mit jeweils 31, 34 bzw. 33 Prozent Gymnasiastenteil eines Jahrgangs.

Bei der Lesekompetenz sind dagegen recht wenige Fortschritte gemacht worden zwischen den beiden Studien; auch nicht an den Gymnasien.

Deutschland erreicht 491 Punkte, den Spitzenplatz hält Finnland mit 543 Punkten. Deutsche Jungen seien besonders schlecht. Nur im Problemlösen liegen deutsche Schüler mit 13 Punkten signifikant über dem Durchschnitt.

Risikogruppen

In Mathematik sind 21,6 Prozent der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler in Deutschland in den beiden untersten Kompetenzstufen und stellen damit eine Risikogruppe dar, mit schlechten Aussichten für die weitere Schullaufbahn und berufliche Ausbildung. Im Bereich Lesen sind sogar 22,3 Prozent in dieser Risikogruppe. Hier tickt eine soziale Zeitbombe, denn „das beste Mittel gegen sozialen Abstieg sind kleine Anteile schwacher Schüler“, so Prenzel.

Der internationale Vergleich zeigt interessante Beispiele: Es gibt nur eine schwache Kopplung zwischen Herkunft und Kompetenz, wenn im unteren Leistungsbereich konsequent gefördert wird.

Der Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und der schulischen Kompetenz ist in Deutschland relativ eng. Die Chancen ein Gymnasium zu besuchen, sind für die verschiedenen sozialen Schichten ungleich verteilt. Dem Erlernen der deutschen Sprache



Manfred Prenzel beobachtet ausgeprägte Schwächen und zu wenig entwickelte Stärken bei deutschen Schülern.

weist Prenzel eine Schlüsselrolle zu: die Schulleistung ist eindeutig abhängig vom Beherrschen der deutschen Sprache. Er sieht die zentrale Herausforderung darin, den derzeitigen hohen Anteil von Schülern mit einer Risikoprognose deutlich zu verringern. Eine entsprechende Förderung dürfe jedoch nicht zu Lasten weiterer Bemühungen um die oberen Leistungsstufen liegen. Die Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund muss keineswegs mit Leistungseinbußen erkauft werden, wie der internationale Vergleich zeigt.



Prenzels Fazit: „In den letzten Jahren ist viel geschehen, aber es bleibt auch noch viel zu tun.“

„Der Kragen platzt“ dem Präsidenten des Deutschen Lehrerverbands, Josef Kraus, angesichts des „PISA-Schwindels“ (so sein Buchtitel). Nach seinem Urteil sind deutsche Schüler besser als ihr Ruf. Wir dokumentieren seinen Vortrag im Rahmen des Berichts über das Akademiegespräch auf Seite 18.

Positives Selbstkonzept

Über den neuen Stellenwert frühkindlicher Erziehung und Förderung sprach Wassilios E. Fthenakis. Der langjährige Leiter des Bayerischen Staatsinstituts für Frühpädagogik und Verfasser einschlägiger Studien kritisierte zunächst die Mängel des bisherigen Bildungssystems: ein auf das Individuum zentriertes und de-kontextuelles Bildungsverständnis. International gibt es seit mehr als zehn Jahren eine Reformdiskussion, in Deutschland setzte sie langsam und verspätet ein – nach Fthenakis' Meinung mit Sicherheit auch ein Grund für die unbefriedigende PISA-Platzierung. Im Mai 2004 wurde von den zuständigen Landesministern ein Rahmenplan verabschiedet. Erste Bundesländer wie Hessen und Bayern haben inzwischen konkrete Bildungs- und Erziehungspläne für den Kindergarten auf den Weg gebracht. Die Ziele sind konsistent:

- Starke Kinder (Gesundheit, Sport, Emotionalität)
- Kommunikationsfreudige und medienkompetente Kinder (Sprache, Literatur, Medien)
- Kinder als kreative und phantasievolle Künstler (Kunst, Musik und Tanz)
- Kinder als aktive Lerner, Forscher und Entdecker (Mathematik, Naturwissenschaften, Technik)
- Verantwortungsvoll und wertorientiert handelnde Kinder (Demokratie, Werteorientierung, Umwelt, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur).

Für Fthenakis gehört unbedingt die Stärkung kindlicher Basiskompetenzen und Ressourcen dazu. Die Stärkung eines positiven Selbstwertgefühls und die Entwicklung eines positiven Selbstkonzeptes sind für ihn wichtige und unentbehrliche Grundlagen all dieser Bemühungen. Er sieht tief greifende Veränderungen unseres elementaren Bildungssystems mit einer Verbindlichkeit für alle und einer demokratischen Zielentwicklung von unten nach



Wassilios E. Fthenakis forderte das neue Profil eines Kinderpädagogen für Kinder von 0 bis zu 10 oder 12 Jahren mit einheitlicher akademischer Ausbildung.

oben. Fthenakis forderte das neue Profil eines Kinderpädagogen für die Bildung und Erziehung von Kindern von 0 bis zu 10 oder 12 Jahren mit einheitlicher akademischer Ausbildung einschließlich gleicher Bezahlung und Wertschätzung – allerdings nicht auf dem Niveau heutiger Kindergärtnerinnen, wie Heinrich Oberreuter befürchtete.

Die Bamberger Grundschulpädagogin Gabriele Faust ergänzte das Kapitel „Pädagogische Notwendigkeiten“ noch um das Stichwort „Differenzierung“. Faust sieht auf diesem Feld Verbesserungsbedarf – nicht zuletzt wegen zunehmender Heterogenität durch Migrantenkinder in den Schulen: „Differenzierung findet zu wenig statt und wenn überhaupt, dann in wenig wirksamer Qualität.“ Es gebe eine zu große Gruppe von Risikoschülern am un-

teren Ende, eine zu schmale Spitze und Hinweise auf diagnostischen Nachholbedarf bei den Lehrerinnen und Lehrern. Ihre Untersuchungsergebnisse zeigen, dass eine hohe Diagnosekompetenz beim Lehrpersonal verbunden mit viel Strukturierung und Differen-



Gabriele Faust: „Differenzierung findet zu wenig statt und wenn überhaupt, dann in wenig wirksamer Qualität.“

zierung des Unterrichts zu einem hohen Lernerfolg führt. Man müsse Abschied nehmen vom Trugbild der Homogenität eines Jahrgangs und den damit verbundenen Jahrgangsklassen. In den Niederlanden gebe es durchaus 8-Jährige in der vierten Klasse. Dort habe man eine bessere Lesekompetenz und kleinere Risikogruppen.

Eine weitere Forderung an die Schulpolitiker: ein jahrgangsübergreifender Schulanfang und halbjährliche Einschulungstermine. Ferner forderte die Pädagogin eine Berichtspflicht für Schulen mit vielen Wiederholern und Belohnungen für Schulen mit wenigen Wiederholern.

Sozialer Sprengstoff

Für Ludwig Eckinger, den Vorsitzenden des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) und Vizepräsidenten des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), stehen unausweichliche Kurskorrekturen in der

Schulpolitik an: Das ganze System müsse vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Nicht mehr Prüfen und Aus-sortieren dürfe die Devise lauten, sondern Fördern und Fordern. Die Ganztagschule dürfe nicht länger als Ver-wahranstalt mit angeschlossener Sup-penküche verstanden werden, sondern brauche dringend ein pädagogisches Konzept mit mehr Zeit und Personal.

„Wir alle sollten uns darauf besinnen, dass die Zukunft eines Landes eng mit der Qualität der Antworten zusammenhängt, die wir heute für die Bildung und Erziehung unserer Kinder bereithalten.“

Wassilios E. Fthenakis

Die heutige Schulwirklichkeit sei weit entfernt von den Forderungen der Po-litik. Immer noch dominiere in der all-gemeinen Wertschätzung die Kopfar-beit, die Hauptschule verkomme zur Restschule. Sie leidet unter dem Schü-lerschwund und der relativ schlechten



Ludwig Eckinger will das ganze Schulsystem vom Kopf auf die Füße stellen.

finanziellen Ausstattung. Fünf bis zehn Prozent eines Hauptschuljahrganges gelten als „aktive Schulschwänzer“, in Ballungszentren seien es bis zu einem Drittel. Zehn Prozent der Hauptschüler würden die Schule ohne jeden Ab-schluss verlassen, das sind 80 000 jun-ge Menschen pro Jahr ohne berufliche Perspektive. „Eine Zahl mit ungeheu-

rem sozialem Sprengstoff“. Aus der Praxis berichtete Eckinger, dass an Hauptschulen ein Großteil der Unter-richtszeit für Disziplinierungsversuche verloren ginge. Es dürfe in Zukunft nicht nur um die viel beschworene Eli-teförderung gehen: „Auch die Benach-teiligten, die unteren und mittleren Bil-dungsschichten brauchen unsere För-derung.“

Barbara Loos kennt als Rektorin des Gymnasiums Germering die Schul-wirklichkeit aus eigener Anschauung und ist gleichzeitig als Vorsitzende der Bayerischen und der Deutschen Direk-torenvereinigung schulpolitisch aktiv. PISA ist für sie insofern erfreulich, als dass die Ergebnisse die Probleme auf-zeigen und die Unterschiede zwischen den Bundesländern deutlich hervortre-ten. Aber: „PISA ist nur ein Ausschnitt aus der Schulwirklichkeit. Der Blick wird verengt auf das Messbare.“

Loos zählte zunächst eine Reihe von Maßnahmen und Initiativen auf, die in der Vergangenheit bereits zur Verbes-erung von Schule und Unterricht ge-führt hätten: Zentrale Prüfungen, Eva-luationen, mehr Eigenverantwortung für die Schulen, verstärkte Zusammen-arbeit zwischen Schule, Eltern und ex-ternen Experten. Ganztageskonzepte, mehr Differenzierung und Begabten-förderung seien wesentliche Entwick-lungslinien. Trotzdem gebe es nach wie vor große Sorgen und Probleme: Zu große Klassen, zu wenig Lehrer. Ins-besondere für den Ganztagsbetrieb gibt es immer noch bauliche Mängel. Die Lehrerbildung gehöre reformiert und die Förderung bildungsferner Schich-ten liege immer noch im Argen. Daraus leitete Loos ihre Forderungen ab:

Mehr Zeit für sorgfältige Planung und Entwicklung und ein deutlich erkenn-bares und gut kommuniziertes Gesamt-

konzept der zukünftigen Schulentwick-lung. „Schulen dürfen nicht länger zu politischen Zwecken instrumentalisiert werden. Und die Wertschätzung von Bildung und schulischer Arbeit ins-gesamt muss wieder zunehmen.“



Barbara Loos: „Die Wertschätzung von Bildung und schulischer Arbeit muss wieder zunehmen.“

Nicht im Bűßerhemd

Forderungen, die auch von den Teil-nehmern der Schlussdiskussion unter dem Titel „Wege in die Zukunft – An-forderungen an die Schule von mor-gen“ unterschrieben wurden. Lediglich politisch umgesetzt werden müssen sie halt noch (siehe dazu den Bericht über das Streitgespräch zwischen Kultus-staatssekretär Karl Freller und dem SPD-Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaff-mann).

Hans Konrad Koch, im Bundesbil-dungsministerium zuständig für Bil-dungsreform, griff das Stichwort vom „Fördern und Fordern“ noch einmal auf. Bildungspolitik in Deutschland müsse an die festgestellten Stärken an-knüpfen. Die Schranken zwischen so-zialer Herkunft und Bildungschancen müssten aufgebrochen werden. Die Schule der Zukunft ist für ihn geprägt von selbstständiger Teamarbeit und de-mokratischer Streitkultur. Schulen müssten wieder Orte werden, an denen Werte erfahren werden. Unverzichtbar sei die Steigerung des Ansehens des Lehrerberufs. Finnland sei auch hierfür ein gutes Beispiel.



„Raus aus dem Jammertal“

Regina Pötke, Geschäftsführerin des Bildungspakts Bayern, will nicht, dass die Verantwortlichen im Büberhemd daherkommen. Sie unterstrich die Forderung nach selbstständigen, selbstver-



Regina Pötke: „Die Schule muss zum Ort der Phantasie werden.“

antwortlichen und selbstbewussten Schulen. Für Studierende müsse es wieder attraktiv sein, Lehrer werden zu wollen. Und aus einer großen Bewer-

berzahl schließlich genommen zu werden, müsse als Auszeichnung begriffen werden. Sie betonte die zunehmende Bedeutung externer Experten: „Die Schule muss sich mehr Lernorte außerhalb ihrer Mauern suchen und zum Ort der Phantasie werden! Wir müssen endlich raus aus dem Jammertal!“ Der Worte seien genug gewechselt, nun müssten endlich Taten folgen. Es gebe ein ganzes Bündel von Sofortmaßnahmen, die nichts kosten: Teamarbeit, interne Evaluation oder die Sprechstunde zu dritt mit Lehrer, Eltern und Schüler.



Max Schmidt: „Bildung ist mehr als ein Kostenfaktor im Staatshaushalt!“

Max Schmidt, Vorsitzender des Bayerischen Philologenverbands, stimmte dem zu, ließ aber gleichzeitig nicht locker mit seinen Forderungen an die Politik: „Sie muss für all diese wünschenswerten Dinge die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.“ Und das ginge nun einmal nicht ohne Geld: „Bildung ist mehr als ein Kostenfaktor im Staatshaushalt!“ Auch Schmidt setzte sich für mehr Transparenz nach innen und außen ein und verlangte „beste Qualität für die Vorschule“.

Sein Kollege vom Realschullehrerverband, Jürgen Böhm, verlangte klare Schulprofile, hohe Flexibilität und eine engere Kooperation mit der Wirtschaft und ihren Verbänden. Thomas Lillig, der Vorsitzende der Landeselternvereinigung bayerischer Gymnasien, wünscht sich Schule als „Kristallisationspunkt in der Gemeinde mit einem Stellenwert wie das Rathaus“. Schule müsse Lernort bleiben und dürfe nicht zum Spielort verkommen. Die Zusammenarbeit mit Eltern und Partnern aus der Arbeitswelt und den Hochschulen könnte die Qualität von Schule langfristig verbessern.

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter betonte in seinem Schlusswort, die Bildungsprozesse der Zukunft müssten sich wieder mehr dem Individuum zuwenden. Schule dürfe viel weniger als bisher als kollektive Veranstaltung gesehen werden. Die Frühförderung im Elementarbereich sowie die Aufstellung differenzierter und individueller Lehrpläne seien richtige und wichtige Schritte. An die vielen Lehrer im Auditorium gewandt sagte er: „Sie haben einen tollen Beruf – lassen Sie ihn sich nicht durch Vorurteile kaputt reden.“ ■

Michael Schröder

(siehe Pressestimmen S. 38)

Linktipps Bildungspolitik

Wissenschaft und Bildungsforschung:

<http://www.pisa.ipn.uni-kiel.de/>

<http://www.fthenakis.de>

http://web.uni-bamberg.de/ppp/grundschulpaed/mitarbeiter_faust.htm

Verbände:

<http://www.bllv.de>

<http://www.lehrerverband.de/>

<http://www.bpv.de/index.htm>

<http://www.brlv.de/index.htm>

<http://www.direktorenvereinigung.de>

<http://www.lev-gym-bayern.de/>

<http://www.bayerischeselternnetz.de/index.php?lnk=4>

Politik:

<http://www.bildungspakt-bayern.de/>

<http://www.bmbf.de/>

<http://www.hans-ulrich-pfaffmann.de/>

<http://www.km.bayern.de/km/index.shtml>

<http://www.freller.de/>

Was heißt Bildung heute?

von Prof. Dr. Walter Schweidler, Ruhr-Universität Bochum

...Wie also sieht der Begriff aus, den Bildung erfüllen muss, wie sie ein gebildeter Mensch begreift? Es ist, in eine für unseren Zusammenhang notgedrungen kurze These gefasst, ein Begriff vom *erfüllten, gelingenden menschlichen Leben*. „Nicht für die Schule, für das Leben lernen wir“: die alte Devise, die jeder Willkür und Bodenlosigkeit in Auswahl des Bildungsstoffs entgegensteht, bezieht sich eben auf einen solchen Begriff des menschlichen Lebens, das den eigentlichen Horizont sinnvollen Lernens konstituiert. Wer sie zitiert oder nach ihr lebt

„Man kann weder sich selbst noch andere für die Anstrengung der Bildung motivieren, indem man nach den Zwecken sucht, zu denen sie ein Mittel sein soll.“

oder nach ihr lehrt, ohne eine Antwort auf die Frage zu haben, was denn hier mit „Leben“ gemeint ist, pervertiert sie zum ideologischen Instrument, denn dann ist das, wofür die Schule da ist, mit dem identisch, was der Schulmeister von ihr verlangt. Wer sie gebraucht und wer nach ihr lehrt, muss die Frage, was ein erfülltes, gelingendes Leben ist, nicht nur beantworten können, sondern sie sogar bewusst wecken und aufwerfen, um in ihrer Erörterung seinen Begriff von Bildung und damit sein Gebildetsein zu bewahrheiten.

Was aber ist das: ein „erfülltes“, „gelingendes“ Leben? Zum Begriff eines erfüllten Lebens gehören, um uns in unserem Kontext auf die wesentlichsten Eckpunkte zu beschränken, mindestens drei Elemente: die *Natur* dessen, der es lebt, die *Nähe* zu den Menschen, mit denen er es lebt und die *Grenze*, die das Leben zu dem macht, das es ist, das heißt der Tod. Bildung ist der Inbegriff des Wissens, das die Bedeutung, die wenigstens diese drei

Elemente: Natur, Nähe und Grenze, für ein erfülltes Leben haben, zu erschließen vermag.

Um den Kern betrogen

„Natur“ ist in diesem Zusammenhang selbstverständlich nicht auf eine biologistische, sondern auf eine *biographische*, narrative Sicht vom menschlichen Leben zu beziehen. Das Leben, das eine Natur hat, ist nicht das eines genetisch definierten Exemplars der Art *Homo sapiens*, sondern der *bios*, die Geschichte eines sich zu sich ver-

haltenden und zu sich gestaltenden Individuums, das um sein Ende und damit um die Kostbarkeit seiner Zeit und den Wahlcharakter des Lebens weiß.

„Natur“ in diesem Sinne ist nicht durch das konstituiert, worauf sich der ursprüngliche, alte aristotelische Naturbegriff bezieht, also die Artbestimmtheit des Individuums, sondern sie ist im Sinne der Dimension, die Cicero neu und revolutionär dem Begriff hinzugefügt hat, die *Natur dieses Individuums* selbst, wie sie sich aus seinen es von allen anderen Individuen unterscheidenden Talenten und deren Entfaltungsmöglichkeiten ergibt, also jene Natur, von der Cicero sagt, dass man sie verfehlt, wenn man der Natur anderer mehr als der eigenen folgt.

Das Wesen der Bildung und das Prinzip der Auswahl des Stoffs, der zu ihr gehört, besteht entscheidend in dem Aufschluss, dem sie einem jeden Gebildeten über diese Natur seiner eigenen Persönlichkeit gibt. Solchen Aufschluss zu verlangen, ist das grundlegende Recht des zu bildenden Menschen im Prozess seiner Bildung. Es gibt aber keine elementarere Grenze, von der her man Aufschluss über die eigene Persönlichkeit erhält, als die Grenze zwischen dem, was man kann



Ein dickes philosophisches Brett gab der Bochumer Philosoph Walter Schweidler den Teilnehmern unserer schulpolitischen Fachtagung zum Bohren. Fernab kurzatmiger Reformdebatten setzte sich Schweidler grundsätzlich und prinzipiell mit dem Bildungsbegriff auseinander. In der Diskussion wurde aber deutlich, dass die deutsche Schullandschaft und -praxis Lichtjahre von seinen Forderungen entfernt ist. Wir dokumentieren den Vortrag, der auf begeisterte Resonanz stieß, in einer Kurzfassung.

und was man nicht kann, wofür man geschaffen ist und wofür andere besser geeignet sind. Wer durch die ihn bildenden Menschen nicht darüber belehrt wird, wofür er geeignet und damit auch wofür er nicht geeignet ist, wem nicht klar und deutlich gesagt wird, dass er etwas schlecht und schlechter als andere und vielleicht niemals kann, der wird schon *ex negativo* um den Kern seiner Bildung betrogen, egal wie viele Kompensationsformeln man ihm verbal hinwirft. Darum ist die *Note* der Inbegriff zur Bildung gehörender Erkenntnis, der Erkenntnis des zu bildenden durch den Gebildeten, und wer sich zur Note nicht bekennt, betrügt den anderen und sich selbst um diese Erkenntnis.

Bildung versus Information

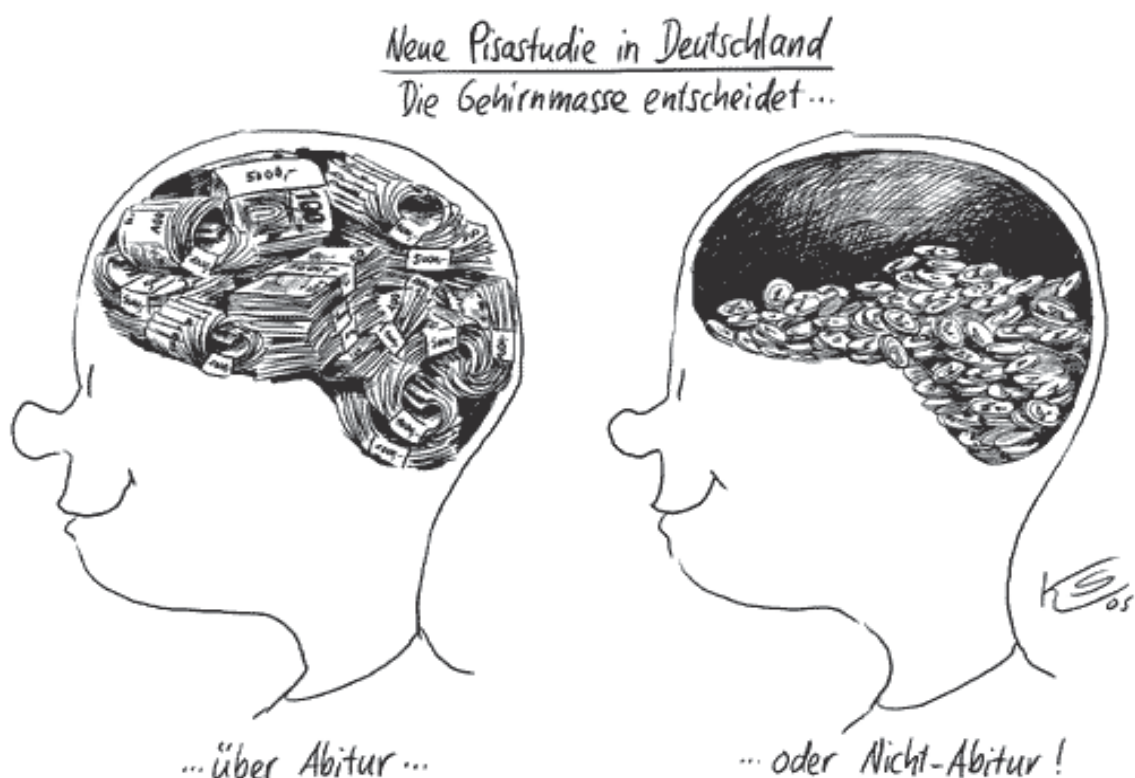
Mit „Nähe“ ist nicht primär eine emotionale Qualität gemeint, sondern die elementare *kulturelle Staffelung*, in die man heute nicht anders als seit den Anfängen der durch Bildung formierten Gesellschaft durch sie zu seinen Mitmenschen eintritt. Bildung entscheidet immer noch wesentlich darüber, wer zu wem gehört, für wessen Nähe man sich entschieden hat. Man wird und ist ja wesentlich der, der man ist, durch diejenigen, in deren Nähe man sich begibt, und der Code, mit

näherung des nun neu zu bildenden an den vor ihm gebildeten und ihn bildenden Menschen exemplarisch sichtbar werden. Schon darum ist Bildung etwas prinzipiell anderes als Information.

Person und Persönlichkeit sind genau das, was aus der Botschaft eines gebildeten Menschen verschwinden muss, damit diese in homogenen Chiffren äquidistant für jeden abrufbar gemacht werden kann. Wenn der Bildende aber das versucht, wenn er also die Eigenart seiner Persönlichkeit weg- und durchstreicht, dann schafft er eben die Voraussetzungen für den Betrug an

Bildung als Option?

Die soziokulturelle Konsequenz solchen Betrugs besteht in dem, was ich „Optionalismus“ nennen möchte: der Haltung, in der Menschen mit dem Sinn ihres Daseins nicht zur Deckung kommen, weil sie ihn nicht in ihren eigensten, sondern in der möglichst abstrakten, homogenen Verfügbarkeit der Möglichkeiten aller anderen suchen. Das Verständnis der Bildung als Chance hat zu seinem Gegenstück ihr Missverständnis als *Option*: man betrügt sich um die eigenen Talente, indem man zu dem gebildet zu werden



Zeichnung: Stuttmann

dem man diesen Prozess der Annäherung und Entfernung zu steuern vermag, ist weitgehend derjenige der Bildung. Hinter dem Stoff, durch den der zu bildende Mensch im Prozess des Bildens geformt wird, muss daher die Person und die Persönlichkeit dessen erscheinen, dem er ihn verdankt, das heißt: es muss auch die Nähe selbst weitergegeben werden, in die der Bildende durch seine Bildung zu denen gelangt ist, die wiederum ihn gebildet haben, und diese Nähe muss in der An-

der dem zu bildenden Menschen eigenen Persönlichkeit; und in dieser besteht essentiell gerade das, was wir die „Erfüllung“ eines Lebens nennen können. Erfüllen, sich erfüllen, mit sich zur Deckung kommen, kann nur ein Leben, das nicht zur Verwechselbarkeit mit jedem anderen gebildet wird. Die entpersönlichte Person geht eben des Bewusstseins ihrer Natur verlustig, über die sie allein durch die Staffelung der Nähe und Ferne zu ihren Mitmenschen etwas zu erfahren vermag.

verlangt und erwartet, dem, wenn man es nur will und der Lehrer nicht versagt, die aller anderen offen stehen.

Die wichtigste Gefahr und verhängnisvollste Konsequenz des Optionalismus besteht in der Heranbildung der optionalistischen Persönlichkeit, die in der Identifikation mit der Verfügung über die Optionen aller anderen sich die Chance betrügt, die durch dem menschlichen Leben natürlich innewohnende Gliederung vorgegeben ist,

die Gliederung der Berufe und Interessen der Rollen und Charaktere, der Herkunftsorte und der Jahreszeiten. Die für die Möglichkeit des Gelingens und den Begriff der Erfüllung eines Lebens fundamentalste Gliederung ist aber die der *Lebenszeit*.

Vergleichgültigung der Inhalte

Damit komme ich zum dritten Grundelement des für den der Bildung so entscheidenden Begriffs vom erfüllten Leben. Erfüllung setzt die Grenze voraus, an der sie sich vollbringt. Diese Grenze ist der Tod, und sich zu ihm zu verhalten, heißt nicht sich von ihm bannen zu lassen, sondern das Leben als ein Ganzes wahrzunehmen, es in seiner Kostbarkeit und in der für sein Ganzsein entscheidenden inneren Gliederung und Staffelung wahrzunehmen.

Bildung ist darum auch der Inbegriff des richtigen Verhaltens des Menschen zu seinen Lebensaltern. Was es wert ist gelernt zu werden, das ruft unser Alter unserer Jugend zu. Der systematische Betrug, den die heutige Gesellschaft dem Menschen hinsichtlich der für den Sinn seines Lebens konstitutiven Grenze, der Grenze des Todes beibringt, indem sie ihm das Verhalten zum Tod größtmöglich erschwert, die Sterbenden in den Krankenhäusern versteckt, seinem Blick entzieht und die Leichen möglichst noch im Krematorium entsorgt, dieser Betrug wohnt genauso der Vergleichgültigung der Bildungsinhalte inne, deren inneres Band doch nur die Bedeutung sein kann, mit der sie es dem gebildeten Menschen erlauben, der immer knapper werdenden Zeit das immer Wesentlichere abzurufen, aus dem er zu erfahren vermag, wofür sein Leben gelebt ist. Natürlich kann faktisch immer auch ein Jüngerer einen Älteren belehren, aber die Erfahrung, an der sich Inhalte gelingender Bildung auszuweisen haben, ist die eines sich zu sich schließenden, sich erfüllenden Lebens, das nicht einen Vorrat homogener Zeit seiner Jugend nachtrauernd verliert, sondern dem jeder Tag etwas an Ergänzung seiner Geschichte hinzuerzählt. Es ist die Erfahrung, dass die Zeit für die Werke, die die Persönlichkeit

des Menschen bilden, sich selbst durch sein Leben hindurch bildet und dass sie gekommen sein muss, wenn ein Werk ihm etwas zu sagen haben soll. Der Schatz, den die Bildung darstellt, hat seinen Wert in letzter Linie durch die Chance, die nur der Weg eines Lebens zu seinem Ende als die Chance seiner Erfüllung mit den Inhalten bildet, die sich ihm erst auf diesem Weg und damit auf Grund des Geschenks,

Buchtip:

Walter Schweidler
Das Unantastbare.
Beiträge zur Philosophie der Menschenrechte
Münster, 2002

das dessen Ende bildet, ergeben. Das hat aber zur Konsequenz, dass eine ganze Reihe von Bildungsinhalten in der Phase, in der der zu bildende Mensch sie erstmals kennen lernt, hoffnungslos über seinen Horizont hinaus gehen müssen. Ihm diese Erfahrung zu ersparen ist dennoch wiederum eine elementare Pflichtverletzung dessen, der eben zur Eröffnung seines Horizonts auf das hin, was ihn jetzt noch überschreitet, berufen ist: des gebildeten Menschen.

Wer andere bilden will, muss sie überfordern. Man mag ihm die Devise zugestehen, dass er sie dort „abzuholen“ versucht, wo sie sind. Aber wenn er sie dann auch wieder da zurücklässt, dann soll er besser Tierpfleger werden.

Geistige Verunsicherung

Bildung in ihrem eigentlichen Sinn hat keine Chance, wo dem Menschen und insbesondere dem Gebildeten, der so kurz skizzierte Begriff von einem sich als die Chance seiner Erfüllung bildenden unverwechselbaren Leben verloren gegangen oder eher um diesen betrogen worden ist. Bilden und für Bildung verantwortlich sein kann nur ein Leben, das sich nicht aus der Zweifelt von Arbeit und Freizeit definiert, sondern für das die eigentlich wichtige Aufgabe in jenem Dritten besteht, für das man sich anstrengt, ohne dass es überlebensnotwendig ist oder „etwas

bringt“. Dass es dieses Dritte gibt, kann man nicht durch Theorien beweisen, sondern der gebildete Mensch muss es mit seinem Leben verkörpern. Er und überhaupt die Gemeinschaft der Gebildeten steht exemplarisch für das ein, woran Menschen sich bilden können. Sicheres Zeichen für die Vernachlässigung der Pflicht, die der gebildete Mensch zu diesem exemplarischen Entstehen hat, ist die geistige Verunsicherung – die „Zukunftsangst“, wenn man so will –, in die eine Gesellschaft versetzt wird, die sich an ihn nicht mehr halten kann.

Der gebildete Mensch mit seinen durch seine Bildung erlangten Überzeugungen ist der letzte Horizont der Bewährung und Begründung von Lebensorientierung. Damit begrenzt er auch jeglichen Anspruch von Theorien und damit dessen, was wir heute Wissenschaft nennen, in Bezug auf gelingendes und sich erfüllendes Leben.

Es gibt niemanden, der einen gebildeten Menschen über die Gründe und Kriterien möglicher Lebenserfüllung belehren könnte außer einem anderen gebildeten Menschen. Insbesondere kann keinerlei Fortschritt der Wissenschaft oder sonst eines Agenten der angeblich im Kollektiv zu ihrer Zukunft unterwegs befindlichen „Menschheit“ den Wahrheitsanspruch relativieren, den Bildung erhebt. Genau diese Relativierung aber steckt hinter dem Klima im Verhältnis zu uns selbst, das Robert Spaemann einmal als die „Selbsthypothetisierung“ unserer Überzeugungen bezeichnet hat. Der Mensch, der sagt, wovon er überzeugt ist und dann seine Aufgeklärtheit dadurch unter Beweis stellen zu müssen meint, dass er sich zur Unwissenheit darüber bekennt, warum er eigentlich so denkt wie er denkt und warum er von etwas überzeugt sei, dementiert das an ihm selbst, was allein ihm das Recht gibt, Überzeugungen zu äußern: seine Persönlichkeit. Bildung begrenzt darum auch jeden Anspruch externer, insbesondere bildungstheoretischer Aufklärung des Gebildeten über seine Überzeugungen. Im Rückgang auf ihre Überzeugungen und in der Kunst, sie zu formulieren und weiterzugeben, erheben die Angehörigen der Gemeinschaft der gebildeten Menschen eine



für die gesamte Gesellschaft exemplarischen Anspruch, dem sie sich nicht entziehen können, ohne deren Grundlagen zu unterminieren.

Exemplarisches als Grundstruktur von Bildung

Exemplarizität dürfte überhaupt die entscheidende theoretische Kategorie sein, mit der man das Verhältnis zwischen Inhalt und Wirkung des Werks der Bildung, also wenn man so will, des poetischen Aspekts der Praxis sich erfüllenden menschlichen Lebens zu fassen vermag. An sich ist Bildung ja, in aristotelischen Kategorien gesprochen, ein praktischer, nicht ein poeti-

zu bilden ist selbst die höchste Lebenskunst. Dieser poetische Wesensaspekt der Praxis Bildung ist es, dem sich die Geisteswissenschaften verdanken, die uns nicht über die Ursachen dessen, woran wir uns zu bilden haben, informieren, sondern die uns die Werke verstehen lassen müssen, in denen sich exemplarisch findet, was ein menschliches Leben zu begreifen hat. Das Exemplarische eines bildenden Werkes zu verstehen, ist die Grundstruktur von Bildung, die an wenigem vieles aufgehen zu lassen vermag. Was man in vier bis fünf Szenen des „Kaufmanns von Venedig“ über Ursachen und Bedingungen des Judenhasses zu lernen vermag, kann keine soziologische oder sonstige theoretische Abhandlung er-

ist und zugleich über sich hinausweist. Bildung ist die Lösung, die der menschliche Geist für das Paradoxon gefunden hat, das am Grunde jeder Persönlichkeit liegt, nämlich dass man zu einer solchen nicht werden kann, indem man es sich vornimmt, sie zu werden. Persönlichkeit ist wesentlich *nichtintentional* konstituiert: Man wird zu ihr durch das, worin man sich zu verlieren bereit und fähig ist, weil es wichtiger ist als man selbst. Darum verfehlt man den Zugang zur Bildung elementar, wenn man ihn primär und direkt als ein Motivationsproblem auffasst. Man kann weder sich selbst noch andere für die Anstrengung der Bildung motivieren, indem man nach den Zwecken sucht, zu denen sie ein Mittel sein soll. Denn sie verwaltet jenen Zweck, in Bezug auf den alles andere Mittel ist, den Mensch in seiner persönlichen Einmaligkeit, die sich einstellt durch das, woran er sich hinzugeben und letztlich aufzugeben fähig ist.

Darin, dass diese Einsicht über die wesentlich nicht intentionale Struktur der Bildung wie der menschlichen Persönlichkeit verloren gegangen oder man über sie betrogen worden ist, liegt der eigentliche Grund für die Wehrlosigkeit, welche die gebildeten Menschen heute gegenüber der Zumutung ihrer Instrumentalisierung für die Lebensmittel statt deren in Dienstnahme für die Lebenszwecke erfasst hat.

Bildung soll zum Schlüssel jener gesellschaftlichen Mechanismen umfunktioniert werden, mit denen das Leben den Mitteln seiner Erhaltung geopfert werden soll. Gegen diese Zumutung hilft nicht die Reflexion darauf, wie man die Zwecke des Lebens taktisch doch in den Kontext seiner Mittel integrieren könnte. Dem kann vielmehr nur die Anstrengung des Anspruchs wehren, mit dem die gebildeten Menschen die Zwecke verwalten, die den Mitteln des Lebens ihren Sinn geben. Diese Zwecke sind so vielfältig und zugleich so exemplarisch füreinander wie die Seelen der zu Bildenden, die den Gebildeten anvertraut sind. ■



Zuhören lernen ist ein erster Schritt zur Bildung: hier in einer Grundschulklasse.

scher Prozess, das heißt sie ist nicht durch das Produkt, das aus ihr hervorgeht, in ihrem Wert definiert, sondern sie ist ein Verhältnis, das zwischen Menschen auf Grund eines ihre Beziehungen natürlich prägenden Vorsprungs sich einstellt, nämlich des Vorsprungs des Gebildeten vor dem noch nicht Gebildeten, den er diesen einholen zu lassen verpflichtet ist.

Aber die Praxis der Bildung mündet doch in Werke, in denen einem menschlichen Leben paradigmatisch, exemplarisch verstehbar wird, was in ihm vor sich geht. Diese Werke sind wesentlich Werke der Kunst, und das Vermögen, sich und andere an ihnen

setzen. Bildung wird nicht durch symbolische Information übermittelt, die etwas repräsentiert, was dem Bildenden und dem Gebildeten abstrakt gegenüberstünde, sondern durch die metonymische Verdichtung eines sich erfüllenden menschlichen Lebens zum Werk der Kunst als Teil, der für das Ganze steht.

Exemplarisches Verstehen ist schließlich die Form des Lernens, die den normativen Horizont der Bildung eröffnet: das *exemplarische Handeln*, in dem der, dem es gelingt, ganz bei sich

Linktipp: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/lpraktphil/>

Differenzen zwischen Anspruch und Realität

Die Praxis-Berichte während der Tagung zeigten, dass es an neuen Ansätzen und guten Ideen nicht mangelt, diese müssten allerdings auch von der Politik umgesetzt werden. Die Zeit ideologischer Kontroversen sei auch in der Bildungspolitik vorbei, meinte Moderator Werner Siebeck. Er leitete die Diskussion zwischen Kultusstaatssekretär Karl Freller und dem bildungspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Hans-Ulrich Pfaffmann. Dabei wurden auch viele Gemeinsamkeiten entdeckt.

Einig waren sich die Politiker im Lob der Lehrer, eine Pauschalverurteilung als zu schlecht ausgebildet, überfordert und ausgebrannt, sei unzulässig. „Lehrer sind Schatzsucher und wer Kinder nicht mag, soll die Hände von diesem Beruf lassen“, so Freller leidenschaftlich. „Lehrer und Schulen können nichts dafür, wenn die Bildungspolitik nicht für den nötigen finanziellen Rahmenzuwachs sorgt“, sagte Pfaffmann.

Frühförderung intensiver angehen

Freller betrieb zunächst Journalistenschelte: Er kritisierte die „undifferenzierte Berichterstattung“ über das „Megathema“ Bildung. Vorrangig Negatives werde „herausgepickt“, auch was die Leistungen der Schüler betreffe. Meldungen über „mangelhafte“ PISA-Ergebnisse in Deutschland berücksichtigten nicht, dass „Bayern allein unter den fünf Besten der Welt rangierte – wir haben keine Veranlassung unsere Bildungspolitik schlecht reden zu lassen“. Zufrieden dürfe man allerdings nie sein, die Frühförderung müsse intensiver angegangen werden, Rechenschaftsberichte der Schulen eingerichtet, die Unterrichtsqualität gesichert und gesteigert werden. Vielleicht sei tatsächlich das G8 ja zu früh gekommen, fügte Freller noch hinzu und bezeichnete kirchliche Ganztagschulen als „richtungsweisend“. In Bayern sollten jedoch keinesfalls Kinder zwingend auf eine Ganztagschule gehen müssen.

Oppositionspolitiker Pfaffmann mahnte an, dass „der Unterschied zwischen Anspruch und Realität bayerischer

Bildungspolitik doch sehr groß ist“ und konterte mit Zahlenmaterial:

Der bürokratische Aufwand des Büchergeldes koste umgerechnet 90 000 Unterrichtsstunden. 60 000 Schüler wiederholten für umgerechnet 250 Millionen Euro pro Jahr eine Klasse.



Schulpolitische Kontroversen zwischen Regierung und Opposition: SPD-Bildungsexperte Hans-Ulrich Pfaffmann, Moderator Werner Siebeck und Kultusstaatssekretär Karl Freller (von links nach rechts).

Foto: Schröder

10 Prozent der Kinder verlassen in Bayern die Schule ohne Abschluss. Die Realschulen haben einen Zuwachs von 75 Prozent mehr Schülern zu verzeichnen, aber nicht mehr Lehrer bekommen. „Den Schulen fehlt es an Zeit und Geld“. Man müsse daher bemerken, dass „Bayerns Schüler nicht wegen, sondern trotz bayerischer Bildungspolitik bei PISA gut abgeschnitten haben“. Die sei dem Engagement von Lehrern und Eltern zu verdanken. „Es steht der Politik nicht an, zu bewerten, wenn beide Eltern arbeiten wollen“, wettete Pfaffmann, „das G8 muss endlich zur Ganztagschule umgebaut werden!“ Wer in der Bildung unserer Kinder die Zukunft sehe, müsse diese auch finanzieren. Gute Formulierung

gen reichten bei diesem Thema nicht aus, Maßnahmen und Konsequenzen seien nun gefordert, ein ausgeglichener Staatshaushalt dürfe nicht das alleinige Ziel der Regierung sein. Er forderte unter anderem „zwei Drittel der geplanten Mehrwertsteuererhöhung für die Bildung“.

Es sei die „Chance einer Diskussion an der Akademie für Politische Bildung“ Zusammenhänge zu sehen, meinte Freller: „Ich begrüße auch Investitionen in anderen Bereichen“.

Pfaffmann hatte die EON-Erlöse für die Bildung eingefordert und die Ausgaben für das Transrapid-Projekt kri-

tisiert. Ein selbstbewusstes Publikum machte jedoch deutlich, dass parteipolitische Spitzfindigkeiten in der Bildungsfrage nicht ausreichend seien. Anwesende Lehrer übten Kritik: In bayerischen Schulen werde bereits erheblich zukunftsorientierter gearbeitet als Bildungspolitiker sich das vorstellen könnten, die Freiheiten des Schulgesetzes würden genutzt. „Was Sie für Visionen halten, wird im Alltag längst praktiziert“. Selbst Schulräte hätten davon oftmals wenig Vorstellung.

Konsens herrschte jedenfalls darüber, dass Bildungspolitik heute mehr eine finanzpolitische als eine sozialpolitische Angelegenheit sei. ■

Karin Siebert

PISA – Fakten und Legenden

„PISA ist nur eine kleine, interessante Studie“ – Josef Kraus setzte sich im Akademiegespräch mit der Überhöhung der PISA-Ergebnisse auseinander. Dem Präsidenten des Deutschen Lehrerverbands und Rektor des Vilsbiburger Gymnasiums „platzt der Kragen“ angesichts des „PISA-Schwindels“, es falle ihm schwer, der Studie und den Reaktionen darauf „ohne Zynismus“ zu begegnen. Kraus diagnostizierte bereits in der Vergangenheit Widersprüche und Instabilität der Ergebnisse der Studie und äußerte Zweifel an deren Repräsentativität. „Allgemeinbildung, auf die wir wirklich stolz sein sollten“ werde in PISA überhaupt nicht gemessen.

Als Faktum hielt Kraus fest, dass „das männliche Geschlecht Sorgen macht“: In der Lesekompetenz rangierten Buben bis zu einem Schuljahr hinter den Mädchen. Den Einwand aus dem Publikum, dass die muttersprachliche Kompetenz von Migrantenkindern zu wenig anerkannt und gefördert werde, konterte Kraus: „Das sichere Beherrschen der Landessprache ist das entscheidende Mittel zur Integration“. Ein weiteres PISA-Faktum: Bayern habe weitaus besser abgeschnitten als der Rest der Republik, vor allem in Mathematik.

Legenden

Einige „Legenden“ versuchte der leidenschaftliche Lehrer zu entzaubern: Die oftmals als Geheimtipp gehandelte Gesamtschule sei in Deutschland „zu teuer und zu leistungsschwach“ und keinesfalls in der Lage soziale Selektion zu vermeiden – „das Volk will



Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbands und Rektor des Vilsbiburger Gymnasiums, setzte sich kritisch mit den Ergebnissen der PISA-Studien auseinander.

Foto: Schröder

gebe sich eine Nivellierung im Leistungsbereich. Außerdem räumte er mit der „Legende um die Skandinavien-Ergebnisse“ auf: Der PISA-Sieger Finn-

(in Deutschland 23,9). Unterrichtsausfall gibt es nahezu nicht, das Fördersystem ist vorbildlich. Flankierend arbeiten an den Schulen viele Psychologen, dazu gibt es Schulschwester für die vorbeugende Gesundheitserziehung.

Kraus forderte weiter, das Schulsystem müsse mehr „Individualität zulassen, die horizontale und vertikale Durchlässigkeit sind bei weitem nicht

ausgereizt“. Nach seinem Urteil seien deutsche Schulen besser als ihr Ruf – „Eine Gesellschaft, die so mit ihren Lehrern umgeht ist nicht zukunftsfähig“, wettete der Lehrervertreter und brach auch eine Lanze für „unsere Jugend, die etwas anderes verdient hat als ständiges Herumgöle.“

Mit Reformen ist behutsam umzugehen, denn jeder junge Mensch hat nur eine einzige Bildungskarriere“. Es mangle an der Fähigkeit, Sinnvolles auch bestehen zu lassen, „ein politisches Handlungsdefi-

zit“, so Kraus. Er pflichtete Akademiedirektor Heinrich Oberreuter bei, der in seiner Begrüßungsansprache sagte, dass es kein demokratischeres Prinzip für Aufstieg als das Leistungsprinzip gebe.

„Wir brauchen eine Renaissance des Leistungsprinzips, es muss Schluss sein mit der Erleichterungspädagogik“, so Kraus. Bildung müsse aber auch über-nützliche Zwecke habe, sie dürfe nicht kommerzialisiert werden, hier waren sich Kraus und Oberreuter einig.

Die Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags, Barbara Stamm, unterstrich die Bedeutung der Bildungspolitik: „Sie ist die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts“. ■

Karin Siebert

„Eine Gesellschaft, die so mit ihren Lehrern umgeht ist nicht zukunftsfähig“

zudem keine Einheitsschule“, konstatierte Kraus. Auch die zum „schulpolitischen Quantensprung hochstilisierte Ganztagschule“ brauche etwas mehr realistische Betrachtung: Diese Schulorganisation habe „keine Auswirkungen auf das Leistungsniveau der Schulen“, im Mittel der Schüler er-

land habe erstens kein Migranten-Problem (1,2 statt 15,2 Prozent unter der „PISA-Population“ in Deutschland) und pflege zweitens eine ausgeprägte Lesekultur. Finnische Schulen hätten optimale Rahmenbedingungen: 120 Schüler im Schnitt und eine durchschnittliche Klassenfrequenz von 18,2

In der Verschiedenheit die Normalität entdecken

Ansätze für politische Bildung und Pädagogik
in der Einwanderungsgesellschaft

**Die Fernsehbilder von brennenden Autos und Gebäuden in französischen Vorstädten haben auch hierzulande die Frage nach der gelungenen oder missglückten Integration von Migranten wieder „brennend“ aktuell werden lassen. Und der Konflikt um die „Karikierbarkeit“ des Propheten Mohammed führte zu hitzigen Debatten und gewaltsamen Auseinandersetzungen in Teilen der islamischen Welt. Ist unser Einwanderungsland vor solchen Exzessen der Gewalt ge-
feit? Droht jetzt der „Kampf der Kulturen“, wie ihn Samuel Huntington schon vor Jahren prophezeite? Entwickeln sich auch in Deutschland Parallelgesellschaften am Rande oder außerhalb unserer Werte und Normen? Entsteht ein soziales Pulverfass, dessen
brisanter Mischung aus Bildungsnotstand, Armut und Kriminalität nur einen Funken braucht zur Explosion?**

Im Rahmen unseres „Forums Politische Bildung“ fragten wir nach den Möglichkeiten, Chancen und Grenzen politischer Bildungsarbeit mit und für Migranten. Mit welchen Themen und Methoden kann politische Bildung einen Beitrag zur Integration leisten? Veronika Fischer, Professorin an der FH Düsseldorf, hat sich als Erziehungswissenschaftlerin seit langem mit dem interkulturellen Dialog beschäftigt. Sie betonte, es sei wichtig, sich im interkulturellen Dialog immer auf eine individuelle Beziehung einzulassen, den anderen Menschen zu akzeptieren, offen für sein Anderssein zu sein: „Dialoge nivellieren keine Unterschiede, sondern lassen ihr unterschiedliches Profil offen zu Tage treten.“ Sie sind ergebnisoffen und prozesshaft, weil sich erst im Zuge des wechselseitigen Austauschs Resultate und Lösungen herauskristallisieren lassen.

Fischer beschrieb Voraussetzungen für das Gelingen politischer Bildung im Dialog:

- einfühlsames Verstehen
- das Aushalten von Enttäuschungen
- die Fähigkeit zum Perspektivenwechsel
- das Aushalten von Meinungen, die den eigenen widersprechen und
- kommunikative Kompetenz und Respekt.

Fischer forderte eine selbstreflexive Haltung, die die ethnozentrischen Haltungen und Selbstgewissheiten hinterfragt, die das Eigene zum Maßstab für



Veronika Fischer: „Einforderung gleicher Rechte setzt einen Wertekonsens voraus.“

Fotos: Schröder

die so genannte Normalität werden ließen: „Es gilt eine Haltung zu entwickeln, die in der Heterogenität der Lebensentwürfe die Normalität entdeckt.“ Politische Bildung müsse Vorurteile bearbeiten und Fremdenfeindlichkeit sowie Rassismus vorbeugen. Konkret nannte sie Programme, die sich als Erinnerungskultur mit Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemi-

tismus und anderen Formen von Menschenrechtsverletzungen beschäftigen, und darüber hinaus Konzepte, die sich mit gegenwärtigen Tendenzen einer „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ auseinandersetzen. Auch eine interkulturelle Konfliktmediation, die Regeln und Strategien anbietet, wie auf friedliche Weise ein Streit beizulegen ist, der Menschen einer anderen Ethnie herabwürdigt, habe hier ihren Platz. Wichtig sei eine Pädagogik der Anerkennung, die den interkulturellen Dialog pflegt und politische Tugenden vermittelt, die Sensibilität gegenüber Diskriminierung, Respekt und Akzeptanz beinhalten.

Migration und Globalisierung

Die vorhandenen Asymmetrien in der Gesellschaft hat eine politische Bildung im interkulturellen Dialog aufzugreifen. Sie thematisiert zum Beispiel Migration als ein Phänomen von Globalisierung und impliziert daher globales Lernen. Sie hat darüber hinaus Einsicht in die bestehenden Macht- und Herrschaftsstrukturen zu vermitteln, die in der Beziehung zwischen Majorität und den Minoritäten bestehen. Das Lernziel laute: solidarisch für die gesellschaftlich Benachteiligten einzutreten und gleiche Rechte für sie einzufordern.

Allerdings setze die Einforderung gleicher Rechte einen Wertekonsens voraus. Fischer schlug vor, die Menschenrechte als Basis zu nehmen, weil sie universelle Geltung besitzen und zunehmend Anerkennung im internationalen Rahmen finden. Sie favorisiert „Politische Bildung als Menschenrechtsbildung“. Am Ende stehe eine von allen akzeptierte Gesellschaft, in der die Differenz zur Normalität werde.

Die Referentin sieht aber auch die Grenzen des interkulturellen Dialogs und damit der Chancen von politischer



Bildung in dem beschriebenen Sinn. Junge Deutsche haben eher wenig bis gar keinen Kontakt zu Migranten. Schule und Studium seien hierfür noch am besten geeignet, die Arbeitswelt weniger, weil immer noch bestimmte Berufe für Migranten weitgehend unzugänglich seien. Diese Trennung von Deutschen und Migranten treffe auch auf den Freizeitbereich zu. Es gebe kaum Raum für interkulturelle Kontakte, eher einen fruchtbaren Boden für ethnische Konflikte wie zum Beispiel Jugendgangs. Die soziale Isolation wird durch lang anhaltende Arbeitslosigkeit noch verstärkt.

Kreative Methoden

Unter bestimmten Voraussetzungen können jedoch Projekte interkultureller politischer Bildungsarbeit gelingen: Politische Bildung muss Themen po-

wartungen ansetzen (Neue Medien, Computer, Musik, Sport) und diese für die politische Bildung nutzen. Auch jugendkulturelle Stile haben inzwischen unübersehbar transnationalen Charakter angenommen (Rave, Techno, Punk) und bilden einen gemeinsamen Erlebnishorizont. Es bedarf ansprechender, kreativer Methoden, um das Interesse der Jugendlichen zu wecken. Politische Jugendbildung kann in diesem Zusammenhang auf erlebnispädagogische, kulturpädagogische (Theater, Tanz, Malerei), Zukunfts- und Geschichtswerkstätten sowie Zeitzeugenarbeit und Reisen zurückgreifen. Die verschiedenen Ansätze können auch kombiniert werden.

Es reicht nicht, lediglich über Demokratie und interkulturelle Verständigung zu reden, sie muss auch gelebt und praktisch nachvollzogen werden. Der interkulturelle Dialog bedarf star-

keitsbildung von Jugendlichen für die Jugendverbandsarbeit eine besondere Bedeutung zu. Auch die Migranten-selbstorganisationen betreiben Jugendarbeit, so dass nach Prüfung der politischen Rahmenbedingungen auch eine Vernetzung mit den Selbstorganisationen und eine Förderung der Aktiven in diesen Organisationen wichtig erscheint.

Fischers Forderungen bündeln sich unter dem Dach einer „Pädagogik der Einwanderungsgesellschaft“. Im Kern setzt sich eine solche Pädagogik mit den Ursachen und Auswirkungen von Globalisierung, Migration und kultureller Diversität auseinander und entwickelt Konzepte, die die Individuen in die Lage versetzen, kritisch-analytisch die gesellschaftlichen Strukturen und herrschenden Ideologien zu erkennen, selbstreflexiv ihren eigenen Standort zu benennen, kommunikativ in Beziehung zu Menschen und Gruppen anderer kultureller Herkunft zu treten und ihre persönlichen Ressourcen und Potenziale für Selbstorganisation und Veränderung zu nutzen.

**„Es reicht nicht, lediglich über
Demokratie und interkulturelle
Verständigung zu reden,
sie muss auch gelebt und
praktisch nachvollzogen werden.“**

Veronika Fischer

litischer Relevanz an den Interessen und Bedürfnislagen der Migrantenjugendlichen orientieren und gemeinsam mit den Jugendlichen auswählen und bearbeiten. Der Dialog müsse initiiert, moderiert und verstetigt werden. Neue motivationsfördernde Wege der Zielgruppenansprache müssten beschritten werden. Dazu gehört etwa die Kontaktaufnahme zu den Jugendabteilungen von Migrantenselbstorganisationen, die sich einer demokratischen Kultur verpflichtet und gegenüber der deutschen Öffentlichkeit geöffnet haben. Es muss allerdings damit gerechnet werden, dass das Interesse an Politik bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund eher gering ist – übrigens nicht viel anders als bei Deutschen dieser Altersgruppe.

Der Dialog sollte an den gemeinsamen jugendspezifischen Interessen und Er-

ker Partner. Selbstbewusstsein und Durchsetzungswillen müssen bei den Beteiligten entwickelt werden. In diesem Zusammenhang kommt der Fort-

Migrationsgeschichte(n)

Jan Motte vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen stellte die große Bandbreite von Politischer Bildung in der Einwanderungsgesellschaft vor. Er kommt als Historiker aus der Arbeit in kommunalen Geschichtswerkstätten. Er sieht deswe-

Linktipps zum Thema:

Vortrag von Prof. Veronika Fischer im Wortlaut:

http://www.arbeitundleben.de/download/fischer_chancen_u_grenzen.doc

Interkulturelle Gärten:

<http://www.stiftung-interkultur.de/aufpro.htm>

Schule ohne Rassismus:

<http://www.schule-ohne-rassismus.org/>

Tee in der Moschee/Islamisches Zentrum München

<http://www.islamisches-zentrum-muenchen.de/>

Geschichte der Einwanderung

www.angekommen.com

<http://www.domit.de/>

<http://www.migrationsmuseum.de/>



gen die deutsche Nachkriegsgeschichte auch als eine Geschichte der Einwanderung und der Migranten. Seine Beispiele reichten von der Beschäftigung mit historischen Straßennamen („Warum gibt es so viele Hindenburgstraßen aber keine, die nach den Opfern der Brandanschläge von Mölln und Solingen benannt wurden?“) über Spielfilme bis hin zu Ausstellungen.

Ein multimediales Internetprojekt über die Geschichte der Einwanderung in Deutschland (www.angekommen.com) kann bei der außerschulischen und schulischen politischen Bildung herangezogen werden. Zahlreiche biographische Materialien zeigen die Menschen und Schicksale, die mit dem abstrakten Begriff der Migration verbunden sind.

Politisch kaum aktiv

Der Mannheimer Sozialforscher Andreas Wüst ergänzte das Programm mit Anmerkungen aus Untersuchungen zum Wahlverhalten und der politischen Repräsentation eingebürgerter Migranten. Ausländer und Eingebürgerte sind politisch noch weniger aktiv als die

deutsche Mehrheitsbevölkerung. Alle Formen der politischen Beteiligung sind weniger ausgeprägt: Öffentliche Meinungsäußerung, Wahlbeteiligung und Engagement in Parteien. Das Demonstrationsrecht wird genutzt – häufiger als bei Deutschen. Konfrontative Formen bis hin zur Gewalt sind



Andreas Wüst: Strukturen der Herkunftsländer sind entscheidend für die politische Aktivität der Migranten in Deutschland.

selten. Aussiedler sind besonders zurückhaltend. Als entscheidender Faktor gilt der Grad der Integration: am besten geht es da den deutsch-stämmigen Rumänen, Türken liegen im Mittelfeld.

Große Defizite gibt es bei Russland-Deutschen. Beim untersuchten Wahlverhalten der Jahre 2001 und 2002 (aktuellere Daten liegen leider nicht vor) wählen Russland-Deutsche zu drei Vierteln Union und FDP, Rumänen zu 60 Prozent und Polen zu 51 Prozent die Unionsparteien. Anders dagegen die Türken: hier gibt es eine deutliche rot-grüne Mehrheit (62 Prozent SPD, 22 Prozent Grüne).

Im Durchschnitt aller Eingebürgerten hält sich das Ergebnis die Waage: 42 zu 42 Prozent für jeweils Rot und Schwarz. Die individuellen Erfahrungen in den Herkunftsländern seien entscheidend und zentral, sagte Wüst. Er beklagte die veraltete Datenlage und forderte eine Aktualisierung und Verbreiterung, um brauchbare sozialwissenschaftliche Forschung in diesem wichtigen Bereich zu betreiben. ■

Michael Schröder

Interkulturelle Gärten

Beispiele für gelungene interkulturelle Bildungsarbeit

Drei unterschiedliche Beispiele für die von Veronika Fischer geforderten praktischen Projekte interkultureller politischer Bildungsarbeit wurden präsentiert. Christa Müller von der Stiftung Interkultur aus München stellte das bundesweite Projekt der „interkulturellen Gärten“ vor. Auf der Basis von gemeinschaftlichem Gartenbau und handwerklichen Tätigkeiten, interkulturellen Aktivitäten sowie selbst konzipierter Bildungsarbeit entstehen neue Handlungsmöglichkeiten und Erfahrungsräume für Migranten. In interkulturellen Gartenprojekten begegnen sich unterschiedliche ethnisch-kulturelle Hintergründe und auch verschiedene soziale Milieus, Lebensformen und Altersgruppen. Bei den in den Gärten Aktiven handelt es sich um Akteure, die häufig alles zurückgelassen haben – nicht nur Hab und Gut, sondern auch soziale Bindungen und Zugehörigkeiten. Solche Zusammenhänge behutsam wieder herzustellen und den Menschen damit die Möglichkeit zu geben, ähnlich wie beim Wurzeln-Schlagen von Pflanzen neuen „Boden unter den Füßen“ zu gewinnen, ist Sinn und Zweck dieser Projekte.



Das Projekt „Bunte Gärten“ in Essen-Katernberg ist eine Initiative von Migranten, die angrenzend an eine bestehende Anlage eine neuartige interkulturelle Kleingartenanlage für Gartenfreunde unterschiedlicher Herkunft errichten. Foto: Stiftung Interkultur

Schule ohne Rassismus – Schule mit Zivilcourage

Chong-Sook Kang vom Pädagogischen Institut der Stadt München betreut in zwölf Schulen bayernweit das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC). Dies ist ein Projekt von und für Schüler, die gegen alle Formen von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, aktiv vorgehen und einen Beitrag zu einer gewaltfreien, demokratischen Gesellschaft leisten wollen. Will eine Schule eine SOR-SMC werden, bedarf es dazu des Willens und der eigenen Initiative der Schüler. Sie sammeln dazu die Unterschriften von mindestens 70 Prozent aller Angehörigen ihrer Schule (Schüler, Lehrer, Sekretärinnen und Hausmeister).

Der Titel wird den Schülern in einem feierlichen Festakt übergeben. Sie sollen sich eine Patin oder einen Paten für ihre Schulen suchen. Häufig sind dies Personen aus den Bereichen Kunst, Politik, Medien oder Sport, wie zum Beispiel die Popgruppe Die Prinzen, der Politiker Cem Özdemir, der Fußballer Marco Bode oder die Schauspielerin Iris Berben.



Strahlende Sieger: Schirmherrin Doris Schröder-Köpf im Kreise von Deutschlands „sozialsten Schülern“ aus Duisburg (1. Platz), Berlin (2. Platz) und Weil am Rhein (3. Platz).

Foto: obs/Vodafone Stiftung

SOR-SMC ermuntert die Schüler zu einer engen Zusammenarbeit mit den Lehrern und weiteren Mitarbeitern ihrer Schule. Daher werden diese in das Konzept von SOR-SMC einbezogen. Sie sollen die Schüler unterstützen, aber nicht bevormunden. Nicht sie bestimmen die Inhalte und Aktionsformen, sondern die Schüler. Dennoch ist ihre Mitwirkung unverzichtbar für das Gelingen der Anliegen der Schüler.

Europaweit tragen mittlerweile mehr als 600 Schulen den Titel „SOR-SMC“, davon 260 in Deutschland und zwölf in Bayern. Das Projekt wurde bereits mit zahlreichen Auszeichnungen und

Preisen gewürdigt. Inzwischen gibt es hinreichend Erfahrungen mit der Nachhaltigkeit des Projektes.

Durch die Diskussion über Rassismus, Gewalt und Diskriminierung in der Schule fühlen sich alle an der Schule in der Verantwortung. Gemeinsame Regeln für den Umgang miteinander werden diskutiert und tagtäglich gelebt. Allein schon aus diesem Grunde trägt das Projekt zur positiven Entwicklung der Schumatmosphäre bei.

„Tee in der Moschee“

heißt die offene Veranstaltungsreihe des Islamischen Zentrums München, die dessen Geschäftsführer Ahmad al-Khalifa vorstellte. Er versteht das Programm als Teil seiner Öffentlichkeitsarbeit, die deutsche Gesellschaft über den Islam aufzuklären und sie in die Moschee in München-Freimann zu holen. Tee steht dabei für traditionelle arabische oder türkische Gastfreundschaft und Gemütlichkeit. Gegenseitiges Kennenlernen, Aufklärung, Identitätsbildung und Integration seien die Ziele. Die Liste der deutschen Referenten und Diskussionspartner ist vielfältig und politisch vielfarbig. Es gehören dazu Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, Landtagspräsident Alois Glück, die Staatsminister Eberhard Sinner und Günther Beckstein, die Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Axel Berg, Bayerns SPD-Chef Franz Maier sowie der evangeli-



Jedes Jahr am 3. Oktober findet auch der Tag der Offenen Moschee statt.

Foto: IZM

sche Landesbischof Johannes Friedrich und Erzbischof Friedrich Kardinal Wetter.

Und ebenso breit gestreut ist die Themenpalette. Diskutiert wurde unter anderem über:

- Menschenwerte und -rechte,
- Aktive Partizipation der Muslime in der Gesellschaft,
- Zukunft des interreligiösen Dialogs,
- Ursachen innerfamiliärer Gewalt,
- Erweiterung der europäischen Union,
- Generationenkonflikt unter den Minderheiten,
- Dialog in Zeiten der Gewalt.

MS

Das Zuwanderungsgesetz in der Umsetzung

Probleme und Lösungsansätze

von Dr. Albert Schmid, Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

Normalerweise geht man davon aus, dass ein Gesetz länger als ein Jahr in Kraft sein muss, bevor man seine Auswirkungen abschätzen kann. Aber mit aller Vorsicht darf man eine erste Beurteilung vielleicht auch schon jetzt wagen.

Zuwanderung ist beileibe kein Thema nur für Juristen, aber trotzdem ist es gut, zu Beginn an den Zweck des Zuwanderungsgesetzes zu erinnern, genannt in Paragraph 1:

Das Gesetz dient der Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland. Es ermöglicht und gestaltet Zuwanderung unter Berücksichtigung der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit sowie der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Das Gesetz dient zugleich der Erfüllung der humanitären Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland.

Die Große Koalition hat in ihrer Vereinbarung festgehalten, dass dies ein ganz wichtiges Aufgabengebiet der deutschen Politik sein soll. An das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) richten sich in diesem Zusammenhang besondere Erwartungen. Sowohl unter Bundesinnenminister Schily als auch seinem Nachfolger Schäuble sind wir weit mehr als für Behörden üblich von der Politik beratend in Anspruch genommen worden.

Integration

Mit dem Thema Integration musste das Bundesamt Neuland betreten. Im romanischen Bereich spricht man ganz selbstverständlich von Assimilation, in Deutschland aus guten Gründen nicht. Bei uns ist angesichts der Probleme, zu einer gültigen Definition dieses schwierigen Begriffs zu kommen, die Tendenz erkennbar, anstelle einer Definition sich auf das Operative zu konzentrieren und lieber zu beschreiben,

„Das Zuwanderungsgesetz – Zwischenbilanz nach einem Jahr“, zu diesem Thema traf sich die Arbeitsgemeinschaft Kooperation im Ausländerbereich (AKIA). In diesem Gremium sind Institutionen der Landeshauptstadt München (u.a. Sozialreferat, Ausländerbehörde, Volkshochschule), Verbände der freien Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohlfahrt, Innere Mission, Caritas, Bayerisches Rotes Kreuz) freie Initiativen sowie die Akademie für Politische Bildung vertreten, um in regelmäßigen Abständen politische Fragen wie auch Probleme der praktischen Kooperation vor Ort bei der Arbeit mit Migranten zu erörtern.

Der Münsteraner Politikwissenschaftler Dietrich Thränhardt legte aus politologischer Sicht die historischen Erfahrungen, aktuellen Probleme und politischen Diskussionen dar, die auf dem Weg zum Zuwanderungsgesetz prägend

waren. Albert Schmid, Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, schilderte dann, wie sich das frühere Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge für den Integrationsauftrag des Zuwanderungsgesetzes praktisch neu erfinden musste. Im zweiten Teil der Tagung standen dann eine kritische Analyse des Zuwanderungsgesetzes und praktische Fragen der Kooperation auf Münchner Ebene im Vordergrund. Die aus Gruppenarbeit und Plenumsdiskussionen hervorgegangenen Ergebnisse der Tutzinger Tagung werden bei Folgetreffen in München in konkrete Arbeitsschritte für bessere Kooperation zum Wohle der Migranten umgesetzt. Es ergeben sich aber auch Anregungen zur Interpretation des wie auch zu Änderungen am Zuwanderungsgesetz. Wir dokumentieren hier leicht gekürzt die Rede von Albert Schmid.

Karl Heinz Willenborg

was man konkret tun will. Das Bundesamt hält sich, soweit theoretischer Überbau nötig ist, an die Definition von Dieter Oberndörfer: „Identifikation von Migranten mit dem, was dieses Gemeinwesen zusammenhält, insbesondere mit den Wertentscheidungen des Grundgesetzes, bei gleichzeitiger Respektierung ihrer Identität.“ Im Konflikt zwischen Identifikation und Wahrung der Identität hat die Identifikation den Vorrang, so Oberndörfer.

a) Sprachkurse

Bei aller Vielfalt der Definitionen ist doch unbestritten, dass Integration am

besten gelingt, wenn entsprechende sprachliche Voraussetzungen gegeben sind.

Wir sind 2002, als das Gesetz zunächst in Kraft trat, davon ausgegangen, dass jährlich circa 100 000 Neuzuwanderer und 40 000 Spätaussiedler Sprachkurse machen wollen. Zusammen mit etwa 50- bis 60 000 Ausländern, die schon länger in Deutschland leben, rechnete man mit etwa 200 000 Personen, die Angebote zur Sprachqualifizierung wahrnehmen wollen. Wir stellen aber fest, dass 2005 die Altmigranten mit 120 000 Teilnehmern die größte Gruppe darstellen, 60 000 sind Neu-



zuwanderer, 33 000 Spätaussiedler. Effektiv in den Kursen nehmen 115 000 Personen teil, weil nicht alle, die zur Teilnahme verpflichtet sind, sofort hingehen müssen, weil die, die berechtigt sind, ein bis zwei Jahre Zeit haben, und für die Spätaussiedler keine Befristung gilt.

Damit hängt auch zusammen, dass die im Haushalt vorgesehenen Mittel nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen wurden. Was jetzt für 2006 im Haushalt steht, ist eine Anpassung an die präsumptive Entwicklung in diesem Jahr. Dahinter steht kein politischer Kürzungswille, wie es in den Medien kolportiert wurde.

Bei den Kursen mit 600 Stunden liegt die Erfolgsquote bei 70 Prozent. Die Anforderungsstufe B1 – europäischer Referenzrahmen scheint also doch nicht zu hoch zu sein, wie vielfach befürchtet wurde.

Wir wollen nicht verhehlen, dass es auch Probleme in diesem Bereich gibt, die zum Teil mit den Finanzen zu tun haben. Lehrer in diesen Sprachkursen klagen, dass sie zu schlecht bezahlt würden. In großem Umfang ist das auch so. Allerdings gibt es Unterschiede zwischen den Trägern. Diejenigen, die einen großen Verwaltungsapparat zu finanzieren haben, haben naturgemäß weniger Geld für qualifiziertes Lehrpersonal.

Die viel diskutierte Frage, ob 600 Stunden Sprachkurs ausreichen (bei den Aussiedlern können noch 100 Stunden zusätzlich zur Verfügung stehen) werden wir einer Kommission vorlegen, die im Herbst dieses Jahres eine erste Bewertung vornehmen soll. Das BAMF hat der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag dazu einen Erfahrungsbericht vorzulegen.

Die Versäumnisse der Vergangenheit können durch die Sprachkurse natürlich nicht repariert werden. Sie können das Entstehen vergleichbarer Probleme, wie wir sie aus der Vergangenheit kennen, verhindern und manches reparieren. Viele weitere Aktivitäten ergänzen das, zum Beispiel „Mama lernt Deutsch“.

Vor einem Jahr hatte ich noch die Sorge, dass wir nicht annähernd die Auf-

merksamkeit finden würden, wie wir sie jetzt, ohne gezielte Propaganda für dieses Angebot, erfreulicherweise haben. Ein Teil dieses Integrationskurses ist das Modul „Orientierungskurs“. Es geht hier um die Vermittlung von Kenntnissen zu Recht, Geschichte und Kultur. Das soll jetzt kein Vorwurf an



Albert Schmid: „Integration gelingt am besten, wenn entsprechende sprachliche Voraussetzungen gegeben sind.“

Foto: KHW

die Wissenschaft sein, aber wir hatten gedacht, man müsste da nur auf den Knopf drücken, dann würden uns die Historiker und Kulturwissenschaftler sagen, was wir unter Geschichte und Kultur anbieten sollten. Bei Recht fühlten wir uns selbst halbwegs kompetent, das zu leisten, im Wesentlichen die Vermittlung der Grundsätze unserer Verfassung.

Aber ob Geschichte oder auch Kultur, wo wir uns Rat vom Goethe-Institut geholt haben, um auch ausländische Erfahrungen einbeziehen zu können: Die Fachleute liegen weit auseinander, wir werden noch Erfahrungen sammeln müssen. Im ersten Bericht der Bewertungskommission wird dieser Bereich wohl eher kritisch gewürdigt werden.

Aber solange das halbwegs positiv kritisch ist, kann man damit umgehen. Wir sind hier als Individuen und als Behörde *Lernende*, wie alle anderen.

b) Migrationserstberatung

Eine weitere wichtige Säule der Integrationsförderung ist die Migrationserstberatung, früher Aussiedler- bzw. Ausländererstberatung genannt. Viele Berater, früher waren es 1000, jetzt sind es noch etwa 500, haben mir gesagt, dass sie manche Klienten zehn Jahre und mehr betreuen. Wir haben das jetzt auf drei Jahre verdichtet.

Nach dem Aufenthaltsgesetz, das Teil des Zuwanderungsgesetzes ist, ist vorgesehen, ein Integrationsprogramm zu erstellen. Dieser Formulierung des Gesetzes in Paragraph 45 sollten sie ihre Aufmerksamkeit schenken:

Das Bundesministerium des Innern oder die von ihm bestimmte Stelle entwickelt ein bundesweites Integrationsprogramm, in dem insbesondere die bestehenden Integrationsangebote von Bund, Ländern, Kommunen und privaten Trägern ... festgestellt und Empfehlungen zur Weiterentwicklung ... vorgelegt werden.

Im Unterschied zu „erstellt“ heißt „entwickelt“, dass neben den schon genannten Beteiligten besonders auch die Ausländerbeauftragten des Bundes, der Länder und Kommunen sowie gesellschaftliche Gruppierungen mitwirken sollen.

Dieses Integrationsprogramm hat Handlungsfelder definiert, die über die sprachliche Integration hinausweisen wie zum Beispiel die Bildungsintegration, die berufliche und die soziale Integration. Diese Handlungsfelder werden jetzt der Reihe nach abgearbeitet. An dieser Programmdiskussion wollen wir uns beteiligen, wo immer es möglich ist. Das wird auch ins Land getragen über unsere Regionalkoordinatoren im Bereich der Integration. Was

<http://www.aufenthaltstitel.de/stichwort/zuwg.html>

http://www.bmi.bund.de/nn_165090/Internet/Content/Common/Anlagen/Gesetze/Zuwanderungsgesetz,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Zuwanderungsgesetz

<http://www.zuwanderung.de/>

http://www.bamf.de/cln_042/DE/Home/home-node.html__nnn=true

heute in einem Programm steht, ist morgen oder übermorgen Fördergegenstand.
(...)

Die Notwendigkeit eines öffentlichen Diskurses

Alle Maßnahmen müssen von einer breiten öffentlichen Diskussion begleitet werden, an der wir gerne teilnehmen, und das ist für eine inzwischen 50-jährige Behörde eine durchaus neue Lernerfahrung. In der Vergangenheit war es ja so, dass für die Mitarbeiter des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, so unser vorheriger Name, die oberste Maxime der Öffentlichkeitsarbeit darin bestand, möglichst nicht wahrgenommen zu werden, weil das, was man zu verantworten hatte, wenig populär war. Dieselben Mitarbeiter müssen sich jetzt den migrations- und integrationspolitischen Herausforderungen stellen. Dass sie das tun, zeigt, welches Potenzial bei entsprechender Führung und politischer Vorgabe vorhanden ist.

Wir müssen im Bereich Empirie mehr Sicherheit bekommen als bisher. Vieles von dem, was Migrations- und Integrationsforschung macht, hat Ni-

schencharakter. Wenn ich mich heute bei der Suche nach Rat in der Wissenschaft umschaue, bei Pädagogen und Sozialpädagogen, finde ich kaum jemanden, der größere Erfahrungen mit dem Thema Integration hat, von Ausnahmen wie IMIS in Osnabrück und wenigen anderen einmal abgesehen.

Dieses Thema muss stärker in die Universitäten und unser ganzes Bildungssystem hinein. Wir brauchen Ausbildungsgänge auf diesem Felde. Diese Inhalte dürfen aber nicht nur ganz unten in der Hierarchie gefordert werden, deshalb spielt bei uns auch die Fortbildung eine große Rolle.

Weiterbildung macht. Das soll in Verwaltungen nicht anders sein.

Gerade wenn man ein neues Feld zu beackern hat wie das BAMF, muss man sich dem stellen. Es ist für eine Behörde ganz wichtig, sich bei ihren Gesprächspartnern für den geforderten interkulturellen Dialog Respekt durch wirkliche Kenntnisse zu erwerben.

Zur Empirie noch eines: Sie erinnern sich an die Jahreswende 2004/2005, als über Nacht aus 7,3 Millionen Ausländern 6,7 Millionen wurden. Grund war eine Bereinigung des Ausländerzentralregisters. Das ist ein besonders

„Dieses Thema muss stärker in die Universitäten und unser ganzes Bildungssystem hinein.“

Wir haben in Deutschland eine Fortbildungskultur, die unterstellt, dass diejenigen, die weit oben sind, dessen nicht mehr bedürfen. Wenn man in Industrieunternehmen hineinschaut, stellt man fest, dass über das mittlere Management hinaus keiner mehr Fort- und

krasses Beispiel für die vielen Defizite, die wir im Bereich Empirie haben und unter denen die Diskussion leidet. Man erinnert sich mit Schrecken an die politische Auseinandersetzung vor Jahren, als aus der Zuzugs- und Fortzugsstatistik nur immer der Zuzug von 600 000 bis 700 000 Ausländern pro Jahr zitiert wurde.

Daneben gab es aber auch einen Fortzug von Ausländern in der Größenordnung von 500 000 bis 600 000. Das ist ein Saldo von circa 100 000 und bekanntlich war er 1997 und 1998 sogar negativ. Insofern freuen wir uns darüber, dass sich Erwartungen auf das BAMF richten, wir gewisse Zuständigkeiten bekommen haben und weitere bekommen sollen. ■



Zeichnung: Mester

Handlungsorientierung: ja – Handlungsanweisung: nein

Zum Verhältnis von religiösen Überzeugungen, sittlichen Werten und politischen Entscheidungen

Seit der französischen Revolution, die mit der nachfolgenden Modernisierung und zunehmenden bürgerlichen Freiheiten, zugleich mit einem Schwinden der Bedeutung von Religion in Westeuropa zusammenfiel, gilt: Aus religiösen Botschaften lassen sich keine politischen Handlungsanweisungen ableiten. Aber bieten sich wenigstens Orientierungen für politische Entscheidungen an? Oder muss Politik in einer demokratischen, liberalen Ge-

sellschaft auf Glaubensüberzeugungen verzichten, um allen Bürgern, Gläubigen wie Nicht-Gläubigen, die Akzeptanz des Ausgehandelten zu ermöglichen? Müssen nicht auch moralische Diskurse auf den Rückgriff auf religiös fundierte Begründungen verzichten? Oder bedarf es sogar einer gewissen „religiösen Musikalität“ (Jürgen Habermas unter Rückgriff auf Max Weber), um die auf uns zukommenden Grundwertediskussionen und die

damit verbundenen politischen Entscheidungen zu meistern? Es war ein weites Feld an schwierigen Themen, das sich Teilnehmer und Referenten der Tagung „Religiöse Musikalität – Ein Fundament normativer Politikorientierung“ vorgenommen hatten. Denn es ging um nicht weniger als die grundsätzliche Frage nach dem Verhältnis von Politik und Glaube, Glaube und Moral zueinander. Sind wir Zeugen einer Renaissance des Religiösen?

Sonderfall USA

Religion war schon immer ein beherrschender Faktor der Politik. Davon ist Hans Joas, Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin, überzeugt. Er hält die von vielen für so selbstverständlich geteilte Annahme, wirtschaftliche Modernisierung führe zwangsläufig zu einem Bedeutungsverlust der Religion, für nicht haltbar – auch wenn sie von vielen namhaften europäischen Sozialwissenschaftlern und Philosophen seit dem 19. Jahrhundert vertreten werde. Weder könne sie überzeugend hergeleitet noch empirisch begründet werden. Joas' soziologischer Kritik der Säkularisierungsthese zufolge – zur Säkularisierungstheorie wollte er die Annahme nicht adeln – kann sie die europäischen Ausnahmen wie Polen, Irland, Kroatien oder auch Teile Altbayerns nicht überzeugend erklären, und die „große Ausnahme“ USA überhaupt nicht. Niemand bestreite die Modernität der Vereinigten Staaten und deren gleichzeitige hohe Religiosität. Mit einer Vermischung religiöser und nationaler Identitäten könne dieser „Sonderfall“ empirisch nicht begründet werden. Die USA lehrten vor allem eines: Glaube sei keineswegs ein Ausdruck von Armut, Rückständigkeit oder Unterdrückung, wie es die Säkularisierungsannahme behauptet.



Der Philosoph Hans Joas hält die Annahme, dass wirtschaftliche Modernisierung zwangsläufig zu einem Bedeutungsverlust der Religion führt, für nicht haltbar.

Die so genannten Ausnahmen erweisen sich auch für Gottfried Küenzlen, Sozialwissenschaftler und Theologe an der Universität der Bundeswehr in München, als so zahlreich, dass sie eher als Regel bezeichnet werden müssten und weite Teile Europas und Deutschland als Sonderfall erscheinen. Entscheidend ist für ihn aber die außereuropäische Perspektive, die vor allem aufgrund der steigenden politischen Bedeutung des Islam nur den

einen Schluss zulasse, dass Religion in die Geschichte zurückgekehrt sei und eine große Macht und Anziehungskraft auf die Lebensführung von Menschen ausübe.

Die durch die Politisierung des Islam unter anderem aufgeworfene Frage nach dessen Vereinbarkeit mit westlichen Verfassungswerten beschäftigte auch den Wiener Rechts theoretiker Gerhard Luf, als er über die Fundierung von Verfassungsnormen in Wertordnungen sprach. Zuletzt im Streit um die Mohammed-Karikaturen habe sich gezeigt, dass Werte „nicht abstrakt und kontextlos gelten, sondern von kulturellen Voraussetzungen abhängig sind, die den Umfang des Rechtsschutzes und den der staatlichen Handlungspflichten mitprägen.“ Rechtliche Werte verblieben viel intensiver in kultureller Kontextualität als wir es üblicherweise zur Kenntnis nähmen.

Hypostasierung der Selbstbestimmung

Doch auch innerhalb eines kulturellen Kontextes können sich Werte verändern. Dass sich dieser Wertewandel auch auf die Interpretation von Recht und das Verhältnis von Recht und Ethik auswirkt, zeigte der Kulturjournalist Alexander Kissler anhand aktueller

Diskussionen um die Menschenwürdegarantie des Artikel 1 des Grundgesetzes. Die „rhetorische Expansion des Begriffs bei dessen gleichzeitiger Entleerung“ sei eine wesentliche Signatur unserer Zeit. Ob Hartz IV, rechtliche Begrenzungen der Gentechnologie oder die Einschränkung der betrieblichen Mitbestimmung: All zu schnell werde auf die Unantastbarkeit der Menschenwürde verwiesen. In der bioethischen Diskussion habe sich zwischen den „doppelten Konnex von Mensch und Würde und von Würde und Unversehrtheit“ die „Person“ geschoben. Zwar besitze jeder Mensch Würde, doch nur wer Mensch und Person sei, könne körperliche Unversehrtheit beanspruchen. An Stelle des umfassenden Würdekonzeptes tritt eine

hilfe, Menschenwürde, Vaterschaft und Willensfreiheit.“

Quellen unserer Werte

Geht man einen Schritt hinter den Wandel der Werte zurück, so stellt sich zunächst die Frage, woraus wir unsere Werte schöpfen – sofern es denn gemeinsame Werte gibt?

Nach Dietmar Mieth, Tübinger Moraltheologe und Bioethiker, besteht die Gefahr, dass das Selbstverständnis der Religion durch die Wissenschaft und deren normative Kraft des Fiktiven ersetzt werden. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt sei Teil unserer Identität geworden und habe säkular-religiöse Züge angenommen. Das Sitt-

Diese Auffassung des Verhältnisses von Religiösem und Sittlichem scheint auch dem ehemaligen bayerischen Kultusminister Hans Maier, der von Alexander Kissler zur Rolle des Glaubens als politische Entscheidungshilfe befragt wurde, nicht fern zu liegen.

Glauben als politische Entscheidungshilfe

Auch wenn sich die kirchenförmige Religion auf niedrigem Niveau stabilisiere, hält Maier den christlichen Hintergrund der deutschen Gesellschaft für breit genug, dass sich auch christliche Begründungen in der Politik verstehen lassen. Gleichwohl würde er es erwartungsgemäß begrüßen, wenn die christlichen Parteien ihre Basis wieder stärker offen legten und Hintergrundüberzeugungen von Politikern deutlich werden. Persönlich hält es Maier mit dem Heiligen Benedikt, der lehre, zunächst schweigend zuzuhören, dann zu beten und zu arbeiten. Dies könne er übrigens auch dem amerikanischen Präsidenten empfehlen, ergänzte Maier augenzwinkernd.

Das Selbstverständnis der Kirchen als politische und gesellschaftliche Akteure beschrieb neben Kirchenrat Dieter Breit für die evangelische Kirche in Bayern auch der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Hans Joachim Meyer.

Durch ihre Präsenz in der Gesellschaft ist für Meyer Kirche selbstverständlich auch gesellschaftlicher Akteur. Ob der christliche Glaube jedoch in einer Gesellschaft auch als eine Quelle von Antworten und Impulsen für Gegenwart und Zukunft gilt, hänge nicht nur von dem Maß ab, in dem es der Kirche gelingt, sich in ihrer Verkündigung und Lebenspraxis der Gesellschaft zuzuwenden, sondern auch von den in einer Gesellschaft vorherrschenden Haltungen gegenüber Kirche und Glauben.

Anhand ausgewählter Stationen zeichnete Meyer den Weg der deutschen Katholiken und ihrer Kirche in die freiheitliche Gesellschaft der Gegenwart nach. Heute zwingen die aktuellen Entwicklungen auch die Laienkatholiken zu „neuen oder neu zu be-



Der Kulturjournalist Alexander Kissler (links) im Gespräch mit Hans Maier über Religion als politische Entscheidungshilfe. Fotos: Wolf

Menschenwürde, die an bestimmte Voraussetzungen und Interessen gebunden ist. Diese Vorstellung wird seit einiger Zeit auch in einem namhaften juristischen Kommentar geäußert. Kissler hob in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Gerichte hervor, und fragte nach der Grundlage, auf welcher eine mögliche Abwägung vorgenommen werden soll.

Der herrschende Begriff der Selbstbestimmung drohe in einen leitenden Grundsatz umzuschlagen: „Die Hypostasierung der Selbstbestimmung ist das verbindende Glied in den Debatten um Embryonenforschung, Sterbe-

liche werde gegenüber dieser Quasi-Religion und ihrer wertbildenden Kraft kleingeschrieben. Zwar gebe es Wertkonflikte mit und ohne Religion. Doch bestimmte Erfahrungen, so Mieth, könne nur die Religion bieten. Die Kontingenzerfahrung (Endlichkeit, Abhängigkeit, Fehlerfähigkeit etc.), die Erfahrung als Assistenten der Schöpfung, die Verortung Gottes in jedem Menschen, die Erfahrung von Caritas und Kompassion, sowie die Ununterschiedenheit des Religiösen vom Ethischen zählt Mieth dazu. Für ihn sind das Sittliche und das Religiöse keine alternativen, sondern reziproke Quellen unserer Werte.



gründenden Positionsbestimmungen“. Sei die Haltung in der Bioethik grundsätzlich einmütig, so ringen ZdK und die katholischen Familien- und Elternverbände mit ihrer eigenen Vergangenheit, „als für viele die berufstätige Mutter eine begründungspflichtige Ausnahme war.“ Umstritten sind auch



Hans Joachim Meyer: „Aktuelle Entwicklungen zwingen zu neuen oder neu zu begründenden Positionsbestimmungen.“

praktische Fragen der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit sowie der bildungspolitische Kurs. Das gesellschaftliche Wirken von Laienorganisationen und geistlichem Amt stehen

dabei weder in Konkurrenz noch sei es einem der beiden vorbehalten, vielmehr verstärke es sich nach Meyers Erfahrung wechselseitig.

Konflikte nicht scheuen

Deutlicher noch als ZdK-Präsident Meyer formulierte Kirchenrat Dieter Breit das Selbstverständnis seiner Kirche als gesellschaftlichem Akteur, der die Stimme erheben müsse und den Konflikt mit Staat und Öffentlichkeit nicht scheuen dürfe.

Vorrangig geschehe das gesellschaftliche und politische Handeln der Kirche im Gebet als Vergewisserung im eigenen Glauben und als Quelle der Spiritualität. Es kommt darüber hinaus aber auch zum Ausdruck in kontinuierlicher Erinnerungsarbeit, denn ohne Gedächtnis könne es keine Orientierung geben, und in einer grundsätzlichen Achtung demokratischer Institutionen und Prozesse. Sie müsse deshalb allen Tendenzen von Politik- und Demokratieverdrossenheit entgegenreten. „Das Wächteramt der Kirche hat nicht nur auf Mängel hinzuweisen, sondern sich konstruktiv um Verbesserung zu bemühen,“ so Breit, der mit den Beziehungen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern zu Landtag und Staatsregierung beauftragt ist.

Weiterer Ausdruck des kirchlichen Engagements in Politik und Gesellschaft sei die Bereitschaft und die Fähigkeit zu echtem interreligiösen Dialog, der in vielerlei Hinsicht noch De-



Dieter Breit: „Das Wächteramt der Kirche hat nicht nur auf Mängel hinzuweisen, sondern sich konstruktiv um Verbesserung zu bemühen.“

siderat sei, weil er innerhalb der Religionen und sogar innerhalb der Konfessionen durch Angst und Abgrenzung erschwert wird. Schließlich sei die Diakonie eine wesentliche Lebensäußerung der Kirche. Ihre politische Dimension liege darin, dass sie Diakonie nicht nur als individuelle Hilfe begreife, sondern sich für strukturelle Gerechtigkeit, für angemessene Lebensbedingungen und eine umfassende Kultur der Barmherzigkeit einsetze.

Aus den inhaltlichen Betätigungsfeldern der evangelischen Kirche setzte Breit sich exemplarisch mit den Zielen der globalen Solidarität als Allianz für nachhaltige Entwicklung und der Menschenwürde unter dem Druck der bio- und medizintechnischen Entwicklungen auseinander. ■

Miriam Wolf



Zeichnung: Stuttmann

Bürgergesellschaft und Ehrenamt nicht zum Nulltarif

Das Stichwort „Bürgergesellschaft“ hat Konjunktur. Es beschreibt ein Gesellschaftsmodell, in dem der Staat eine zunehmend geringere Rolle spielt und bürgerschaftliches Engagement und Ehrenämter entstehende Lücken füllen. Lücken, die insbesondere auch durch die chronische Finanznot der Gemeinden entstehen. Kommunalpolitiker und Journalisten klärten in einem Seminar Standpunkte und ihre Rollenverteilung in diesem gesellschaftspolitischen Umwandlungsprozess.

Freiwilliges Engagement ist Qualitätsmerkmal einer Zivilgesellschaft. Die breite Beteiligung am öffentlichen Leben und am demokratischen Prozess ist Ausdruck von Stabilität. Und Kritik wird zunehmend nicht als Gefahr, sondern als demokratische Ressource verstanden. In Deutschland wird eine Zunahme dieses bürgerschaftlichen Engagements verzeichnet (siehe auch den nachfolgenden Bericht).

Pelzer betont. Von den Bürgerinnen und Bürgern gegründete Arbeitskreise begannen mit einer Bestandsaufnahme. Das sei alles nicht zum Nulltarif zu haben, betont der Kommunalpolitiker. Man müsse schon zusätzliches Geld in die Hand nehmen, um für die professionelle Begleitung der Arbeitskreise zu sorgen. Das Ganze mündete in einer Leitbilddiskussion mit vorausgehender Strukturanalyse und zukünfti-

haus eine eigene Stelle eingerichtet hat. Zahlreiche Preise und Auszeichnungen auf nationaler und europäischer Ebene haben die Weyarner bereits für ihre vorbildlichen Aktivitäten erhalten. Auf der Expo 2000 in Hannover präsentierte sich Weyarn als vorbildliches Projekt der Dorferneuerung.

Stolz und Anerkennung

Ebenfalls gute Erfahrungen mit aktiven Bürgern hat Heinz Wölfl gemacht. Der Landrat des Kreises Regen im Bayerischen Wald setzt auf die Agenda 21 und auf von ihm initiierte Arbeitskreise. Für ihn sind der Stolz auf das Geleistete und die Anerkennung ihres Engagements wichtig für die Motivation der Bürger. Die Leiter der Kreise müssten von Bürokratie entlastet werden, um nicht durch zu hohe

Hürden abgeschreckt zu werden. Die Aktivitäten reichen von der Dorferneuerung über alternative Energien bis zur Direktvermarktung. Für den Landrat ist wichtig, dass Parteipolitik und Ideologien in den Arbeitskreisen keine Rolle spielen.

Trotz des Erfolgs werde das Modell sicher keine Massenbewegung werden, sondern immer die Sache einiger besonders Aktiver und Engagierter bleiben, meint Wölfl.



Bürgermeister Michael Pelzer aus Weyarn und seine Koordinatorin Theresia Benda freuen sich über den Europäischen Dorferneuerungspreis 2004.



Landrat Heinz Wölfl setzt auf die Agenda 21.

Fotos: Schröder/Gemeinde Weyarn

Michael Pelzer praktiziert seit Mitte der 90er Jahre ein erfolgreiches Modell der Bürgerbeteiligung. Für ihn, der seit 1990 Bürgermeister der 3200-Seelen-Gemeinde Weyarn südlich von München ist, war 1993 die resignative Stimmung und der Leidensdruck in seinem Dorf der entscheidende Impulsgeber für einen Umdenkungsprozess. In zahlreichen Bürgerversammlungen wurde dieser Prozess angestoßen – von unten nach oben, wie

gen Entwicklungslinien. So wurden der Dorfladen erhalten und das Kloster wiederbelebt. Naturschutzprojekte wurden initiiert und eine Dorfchronik geschrieben.

Inzwischen engagieren sich rund 30 Prozent der Wahlberechtigten in den Arbeitskreisen. Der Gemeinderat ist deswegen nicht überflüssig geworden. Die Aktivitäten der Bürger werden ständig mit dem Rat koordiniert und synchronisiert, wozu Pelzer im Rat-

Marieluise Dulich vermittelt in München als Geschäftsführerin der Freiwilligenagentur „Tatendrang“ engagierte Menschen, die ehrenamtlich Sinnvolles tun wollen, gezielt an Organisationen, die diese Hilfen brauchen. Die Münchner Agentur war vor 25 Jahren die erste in Deutschland. Die Stadt fördert die nichtkommerzielle Einrichtung jährlich mit 100 000 Euro. Davon können zwei Teilzeitstellen und fünf freie Mitarbeiterinnen finanziert wer-



den. 180 solcher Agenturen gibt es Deutschland, 25 davon in Bayern. Unter dem Motto „Zeit statt Geld spenden“ melden sich pro Jahr zwischen 600 und 700 neue Freiwillige, die an gemeinnützige Einrichtungen vermittelt werden. Die Bandbreite reicht von der Kinderbetreuung bis zur Strafgefangenenhilfe.

Dulich legt Wert darauf, dass die von ihr vermittelten Dienste nichts mit Schwarzarbeit oder Konkurrenz für gewerbliche Unternehmen zu tun haben: „Wenn unser Freiwilliger die Aufgabe nicht übernehmen würde, würde sie überhaupt nicht gemacht. Wir vermitteln keine Ein-Euro-Jobs.“ Vermittelt wird nur an gemeinnützige Organisationen, nicht an Privatpersonen. Über 40 Prozent der Freiwilligen sind Arbeitnehmer oder Selbstständige, Rentner stellen 20 Prozent und Arbeitslose 18 Prozent. Und das Ehrenamt ist

keineswegs eine Angelegenheit für Senioren: knapp die Hälfte (49 Prozent) sind zwischen 20 und 39 Jahren alt, weitere 32 Prozent zwischen 40 und 60. 75 Prozent sind Frauen. Bundesweit wurde errechnet, dass der ehrenamtliche Einsatz pro Freiwilligem und Jahr rund 2130 Euro wert ist.

Demografische Keule

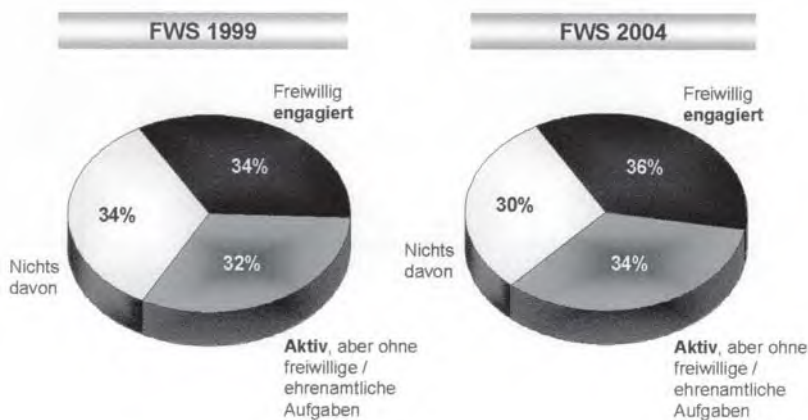
Für Uwe Brandl, den Bürgermeister von Abensberg und Präsidenten des Bayerischen Gemeindetages, ist dennoch das ehrenamtliche Engagement kein Allheilmittel in den Kommunen: „Wir brauchen erfolgreiche Leuchttürme, die als Vorbild dienen.“ Auf keinen Fall dürfe es zu Frustration bei den Ehrenamtlichen kommen. Deshalb müsse auch die Politik für entsprechende Rahmenbedingungen sorgen. Und die seien eben nicht zum Nulltarif zu

haben. Brandl sieht bürgerschaftliches Engagement als notwendig und eingebettet in die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen: „Die demografische Keule wird uns mit ungeheurer Schlagkraft treffen.“ Dazu kommen Werteverstärkungen weg von Familie und Kindern bei den Jüngeren und instabile Familienverhältnisse bei den etwas Älteren.



Gemeinetagspräsident und Bürgermeister Uwe Brandl: Bürgerengagement nicht mit egoistischer, punktueller Interessenvertretung verwechseln.

Grafik 1: Aktivität und freiwilliges Engagement (1999-2004)
Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



Linktipps zum Bürgerschaftlichen Engagement:

Freiwilligensurvey 2004:

<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Pressestelle/Pdf-Anlagen/zweiterfreiwilligensurvey-kurzfassung.property=pdf,bereich=,rwb=true.pdf>

<http://www.weyarn.de/>

<http://www.buergerorientierte-kommune.de/ueberblick/kommunen.htm>

<http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst>

www.tatendrang.de

www.wir-fuer-uns.bayern.de

www.bagfa.de

Politik könne nicht mehr alles leisten wie in der Vergangenheit, man sei angewiesen auf Wirtschaft und Bürger. Es sei darauf zu achten, dass Bürgerengagement nicht mit egoistischer, punktueller Interessenvertretung verwechselt werde („Mehr Spielplätze – aber nicht in meiner Nachbarschaft“). Und Bürgerengagement müsse integriert und mit den gewählten und legitimierten Gremien koordiniert werden. Ein Gegeneinander dürfe es nicht geben: „Eine gut organisierte APO kann Dir am Ort alles aushebeln!“ ■

Michael Schröder

Bürger springen in die Bresche

Untersuchung zeigt: Freiwilliges Engagement nimmt zu

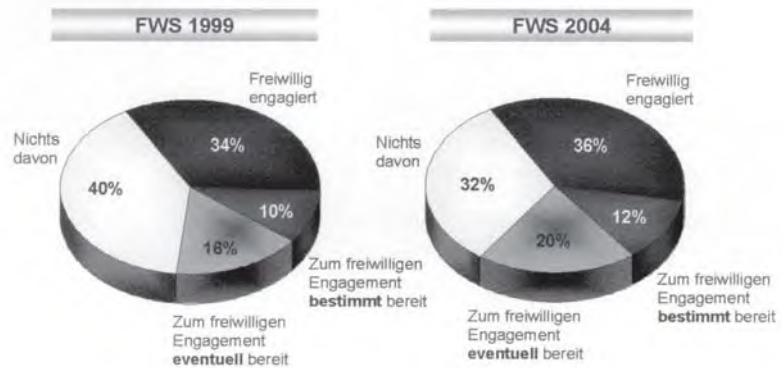
70 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren in Deutschland sind über ihre beruflichen und privaten Verpflichtungen hinaus in Gruppen, Vereinen, Organisationen und öffentlichen Einrichtungen aktiv beteiligt. Das sind vier Prozent mehr als 1999. 36 Prozent haben zudem längerfristig ehrenamtlich oder freiwillig bestimmte Aufgaben und Arbeiten übernommen. Die größten Bereiche des Engagements sind Sport, Kindergarten/Schule, Kultur und Kirche/Religion. Die Motive liegen im Wunsch nach Mitgestaltung und Suche nach Gemeinschaft. Größte Wachstumsgruppe des freiwilligen Engagements sind Ältere ab 55 Jahren mit 6 Prozent. Sie werden immer stärker öffentlich aktiv.

Im Westen ist das Engagement stärker ausgeprägt als im Osten, aber die Situation dort verbessert sich. Die Differenz hat sich von 6 auf 2 Prozentpunkte verringert. Die Zunahme ist im Norden am stärksten, Bayern stagniert dagegen auf hohem Niveau.

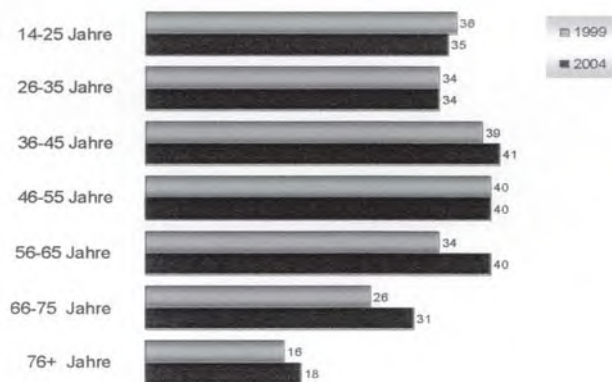
Freiwillige und Ehrenamtliche haben typischerweise einen großen Freundeskreis und eine hohe Kirchenbindung. Sie stammen aus größeren Haushalten und sind zwischen 40 und 60 Jahren alt. Sie verfügen über eine durchschnittlich höhere Bildung und bekleiden deshalb auch häufig leitende Positionen im Beruf. Bundesweit sind es mehr Männer als Frauen.

Die Studie stellt fest, dass es ein großes Potenzial für eine weitere Ausdehnung des freiwilligen Engagements gibt. Diese Stärkung fällt zusammen mit sozialen Umbrüchen in der Arbeitswelt und dem demografischen Wandel. Der Wohlfahrtsstaat klassischer Prägung gerät zunehmend an seine Leistungsfähigkeit und zieht sich wegen Geldknappheit aus vielen Politikfeldern immer mehr zurück. Aber die Bürger sind offenbar bereit, in die Bresche zu springen und das Vakuum zu füllen. MS

Grafik 2: Bereitschaft zum freiwilligen Engagement (1999-2004)
Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



Grafik 3: Engagementquoten nach Alter (1999 und 2004)
Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



Grafik 4: Bereitschaft zum Engagement in den alten und neuen Bundesländern
Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %)



Quelle: Freiwilligensurvey des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Pressestelle/Pdf-Anlagen/zweiter-freiwilligensurvey-kurzfassung.property=pdf,bereich=rwb=true.pdf>)

Bayerns Weg in die Moderne

200 Jahre bayerische Geschichte seit der Erhebung zum Königreich

Die Erhebung Bayerns zum Königreich am 1. Januar 1806 war Anlass, die letzten 200 Jahre der bayerischen Geschichte Revue passieren zu lassen und in den Mittelpunkt einer Lehrerfortbildung zu stellen. Die Tagung folgte keiner chronologischen Abhandlung der geschichtlichen Ereignisse, vielmehr wurden inhaltliche Schwerpunkte auf unterrichtsrelevante Themen gesetzt. Im Blickpunkt stand die Grundlegung neuer bayerischer Staatlichkeit am Anfang des 19. Jahrhunderts, demokratische Traditionen in Bayern, verfassungspolitische Stagnation und kulturelle Modernität im 19. Jahrhundert, die nationalsozialistische Zeit und die Entwicklung Bayerns vom Agrar- zum Industriestaat.

Zu Beginn der Tagung ging Bernd Wunder von der Universität Konstanz auf die bayerische Reformpolitik von 1799 bis 1817/1818 ein, die eng mit dem Namen Montgelas verknüpft ist. Der Architekt des modernen bayerischen Staates etablierte eine unabhängige Justiz und eine funktionierende Verwaltung. Auch das heutige bayerische Staatsgebiet ist Maximilian Graf Montgelas zu verdanken. In einer politisch schwierigen Zeit – als Napoleon Deutschland bedrohte – integrierte er die Gebiete Franken, Schwaben und Alt-Bayern. Zudem wurde im Jahre 1802 unter Montgelas die allgemeine Schulpflicht eingeführt. Die Reformen Montgelas' wirken bis in die heutige Zeit nach.

Das bayerische Jubiläumsjahr thematisiert nicht nur die Akademie: Auch umfangreiche neue Literatur wurde editiert. Das Haus der Bayerischen Geschichte erarbeitete die aktuelle Landesausstellung „200 Jahre Franken in Bayern“. Im Rahmen der Tagung wurde die aktuelle Ausstellung in Nürnberg und der gelungene Internetauftritt des Hauses der Bayerischen Geschichte über das bayerische Königreich von Josef Kirmeier und Michael Henker vorgestellt. Der Link bietet eine Reihe an Informationen, historischen Beiträgen und informativen Bildern, die auch für den Unterricht genutzt werden können. Die Daten- und Informationsfülle ist auch für Schüler nutzbar.

Das Bayerische Fernsehen produzierte eine sechsteilige Serie über die baye-



Maximilian Graf Montgelas schuf grundlegende Reformen für einen modernen bayerischen Staat.

rischen Könige, die Anfang des Jahres ausgestrahlt wurde und während der Tagung vorgestellt wurde. Als Beispiel wurde die Dokumentation über den Prinzregenten Luitpold präsentiert. Hans-Michael Körner, der mit Katharina Weigand das Bayerische Fernsehen für den Luitpold-Film wissenschaftlich beriet, sprach über die Stellung, Aufgabe und Funktion des Monarchen im konstitutionellen System des Königreichs Bayern und erläuterte den historischen Hintergrund des Prinzregenten.

An den Filmbeitrag schloss sich eine Podiumsdiskussion mit Körner und seiner Kollegin Weigand von der Universität München, der Regisseurin Barbara Schepanek sowie dem BR-Redakteur Christian Lappe an. Die Sendereihe wurde an fünf aufeinander folgenden Samstagabenden um 20.15 Uhr zur besten Sendezeit ausgestrahlt. Dazu Christian Lappe: „Der Film stieß auf große Resonanz – acht Prozent Markt-

anteil in Bayern – das ist gegen Gottschalk und ‚Superstar-Suchen‘ schon ganz gut!“

Die Regisseurin Schepanek erläuterte das Konzept des Films. Es galt, die Person Luitpold vorzustellen und in den Mittelpunkt zu rücken. So erfährt der Zuschauer wenig über den politischen Hintergrund. Das Leben des unpolitischen Luitpolds wird mit zahlreichen Originalfotos und Filmausschnitten dokumentiert. Viele Szenen zeigen den Prinzregenten in München, das zu jener Zeit in Blüte stand und eine moderne aufstrebende Stadt war, wie viele Bauten heute noch zeigen. Der Film spricht die emotionale Ebene des Zuschauers an. Die Liebe und Verehrung, die die damalige Bevölkerung ihrem Prinzregenten entgegenbrachte, wird durch diesen Teil der Serie nachvollziehbar gemacht.

Die Tagung bot nicht nur eine Reihe historischer Vorträge und aktuell-kultureller Angebote, sondern auch viele Ideen und Hinweise für den Geschichtsunterricht. Ulrike Stoll vom Gymnasium Vaterstetten gab neben ihrer Analyse Bayerns in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus auch praktische Anregungen für den Unterricht. Am Beispiel des Fußballklubs FC Bayern München ging sie schülergerecht auf die Verfolgung der Juden im Dritten Reich ein. Anhand von zahlreichen Photographien erläuterte Ulrike Stoll die Wandlung des Fußballvereins vom weltoffenen und unpolitischen Treffpunkt für Sportbegeisterte bis hin zum Einzug des Antisemitismus im Bereich des Breitensports und die darauf folgende Ausgrenzung jüdischer Mitglieder während der Zeit des Nationalsozialismus.

Fundierte wissenschaftliche Fachvorträge, packende Filmdokumentationen und moderner Medieneinsatz durch das Internet im Klassenzimmer sind nur einige Wegmarken einer inhaltlich und fachlich vielfältigen Arbeitstaugung. ■

Caroline Diewald

Gerechtigkeit global

Tagung fächert Facetten internationaler Gerichtsbarkeit auf

„Justice is going global“, sagte Richter William Sekule aus Tansania bei der Verurteilung des Ex-Premierministers von Ruanda, Jean Kambanda. Dieser wurde vom UN-Ruanda-Tribunal im tansanischen Arusha 1998 wegen aktiver Beteiligung am Völkermord zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Akademie untersuchte in ihrer Tagung die Frage, inwieweit Gerechtigkeit und internationale Gerichtsbarkeit 60 Jahre nach den Nürnberger Prozessen globalisiert sind. Immerhin gibt es etwa 120 internationale Gerichte – sechs herausragende wurden in dem Seminar vorgestellt.

Die Vortragsreihe eröffnete der Kieler Professor Jost Delbrück mit einem Rückblick auf die Geschichte der Internationalen Gerichtsbarkeit. Ein erster historischer Beleg für die Verbindung eines Gewaltverbots und der Eröffnung gerichtlicher Streitbeilegung ist die Verkündung des „Ewigen Landfriedens“ und die Errichtung des Reichskammergerichts während des Wormser Reichstages von 1495. Neben zivilgesellschaftlichen Friedensbewegungen ist auf zwischenstaatlicher Ebene in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine zunehmende Bereitschaft der Staaten zu erkennen, internationale Konflikte mittels schiedsgerichtlicher und anderer Streitbeilegungsmechanismen zu lösen. Die Haager Konferenzen von 1899 und 1907, die zwischen den damals wichtigsten Mächten geschlossen wurden, erzielten mit ihren kriegsvölkerrechtlichen Regelungen deutliche Erfolge auf dem Gebiet der friedlichen Streitbeilegung und bilden bis heute einen wichtigen Teil des humanitären Völkerrechts. Eine obligatorische Streitgerichtsbarkeit scheiterte indes unter anderem am Veto Deutschlands. Der „Haager Schiedsgerichtshof“ entschied bis heute lediglich 25 Fälle.

Schließlich ging der Internationale Gerichtshof, als höchstes Rechtssprechungsorgan der Vereinten Nationen, aus dem von 1922 bis 1946 bestehenden Ständigen Internationalen Gerichtshof hervor, der auf den Internationalen (Haager) Schiedsgerichtshof

aufbaute. Wie fragil dieser Fortschritt in eine rechtlich verfasste, internationale Gemeinschaft ist, zeigt sich nicht nur an den Widerständen gegen eine obligatorische internationale Gerichtsbarkeit, sondern auch an Rückfällen in zwischenstaatliche und innerstaatliche Gewalt.

Karin Oellers-Frahm vom Max-Planck-Institut für ausländisches Recht und Völkerrecht referierte über den Internationalen Gerichtshof (IGH). Sie betonte, dass als Partei vor den IGH nur Staaten treten können, die sowohl die UN-Charta als auch das Statut des IGH anerkennen. Eine weitere Schwierigkeit ist die Durchsetzung der internationalen Urteile, da es ein übergeordnetes Durchsetzungsorgan nicht gibt. Letztlich liege der Erfolg und Misserfolg des Gerichts in der Art und Bedeutung der Fälle, die es beurteilt.

Unterschiedliche Rechtskreise

Waltraud Hakenberg, Kanzlerin des Gerichts für den Öffentlichen Dienst der EU, berichtete aus eigener langjähriger Praxis über die Arbeit am Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg. Es sei faszinierend zu beobachten, wie es Juristen aus 25 verschiedenen Ländern schaffen, zu gemeinsamen Urteilen zu kommen. Die Erfahrungen aus ganz unterschiedlichen Rechtskreisen fließen in die europäische Rechtspraxis ein. Beachtlich sei auch die enge Verknüpfung zwischen nationaler und europäischer Rechtsprechung. Insgesamt prägen die EuGH-Urteile stark die europäische Rechtsordnung, für manchen gehe der Einfluss der Luxemburger Richter auf die Politik schon zu weit.



Vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag werden Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen verhandelt.



Markus Zöckler vom Institut für Völkerrecht an der Universität München referierte über den 1959 gegründeten Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg. Das Gericht verändert sich mit der Gesellschaftsentwicklung und tagt seit 1998 ständig. Zwei Verfahrensarten bestehen an dem Gericht: Zum einen die Staatenbeschwerde, bei der ein Unterzeichnerstaat Verletzungen eines anderen Unterzeichnerstaates rügen will, wie etwa die Klagen Zyperns gegen die Türkei. Den weitaus größten Teil (über 99 Prozent) machen jedoch die Individualbeschwerden aus. Dies sind Beschwerden von natürlichen oder juristischen Personen und von nicht-staatlichen Organisationen gegen einen oder mehrere Unterzeichnerstaaten wegen Verletzung der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch Handlungen eines Unterzeichnerstaates. Der Gerichtshof kann allerdings erst dann angerufen werden, wenn der innerstaatliche Instanzenweg erschöpft ist. Da das Gericht mittlerweile für über 800 Millionen Europäer aus 46 Mitgliedsstaaten zuständig ist, erklärt sich auch die steigende Anzahl an eingereichten Klagen: Für 2005 waren es etwa 41 000 Klagen, von denen allerdings weniger als sieben Prozent für zulässig erkannt wurden.

Wie unterschiedlich die Nationalstaaten mit den Entscheidungen des EGMR umgehen, zeigt sich an der Stellung der Europäischen Menschenrechtskonvention in den Ländern. So hat die Konvention in Österreich Verfassungsrang, in Deutschland steht sie unterhalb des Grundgesetzes auf der Ebene von Bundesgesetzen.

Geringe Legitimität

Steffen Wirth, Staatsanwalt am Internationalen Strafgerichtshof für Ex-Jugoslawien, behandelte in seinem Vortrag das neue völkerrechtliche Instrumentarium zur Verfolgung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag. Das Römische Statut zur Errichtung des Gerichtshofs trat im Jahre 2002 in Kraft. Von 139 Unterzeichnerstaaten haben es 100 ra-

tifiziert. Der IStGH ergänzt die innerstaatliche Gerichtsbarkeit, deren Vorrang im Statut vielfach festgeschrieben ist. Problematisch ist auch die internationale Akzeptanz des Gerichtshofs. So fehlen noch die Ratifikationen von bedeutenden Ländern, wie der Volksrepublik China, Russland oder den USA. Neben Kritikpunkten, wie dem Fehlen eines Normenkontrollverfahrens wird auch die Legitimität des IStGH gerügt – obwohl 90 Prozent der Fälle Afrika betreffen, sind lediglich 17 Prozent der Gerichtshofsmitarbeiter Afrikaner. Abschließend betonte er die positive Generalprävention als den wesentlichen Effekt des Gerichtes.



UN-Richter Wolfgang Schomburg forderte eine permanente juristische UN-Interventionstruppe.

Fotos: Schweiger

Von einem „Quantensprung im Strafrecht, der vor 20 Jahren unvorstellbar war“ sprach der UN-Richter Wolfgang Schomburg bezüglich der Einrichtung der Strafgerichtshöfe für Ex-Jugoslawien und Ruanda. Strafrecht war, vom Nationalstaat aus gesehen, der letzte Rest unantastbarer Souveränität, der nicht aufgegeben werden sollte. Nach den Tribunalen von Nürnberg und Tokio hat es in der internationalen Gemeinschaft aber Übereinstimmung darüber gegeben, dass es eine permanente internationale Strafgerichtsbarkeit geben müsse. Die Implementierung des Internationalen Strafgerichtshofs wurde indes von den Ereignissen auf dem Balkan und in Ruanda eingeholt. Die Einrichtung der beiden ad hoc Tribunale durch den UN Sicherheitsrat wurde so notwendig. Das Mandat

der Vereinten Nationen ist dabei klar: „Frieden zu schaffen und zu erhalten mit Mitteln des Rechtes“ (Kapitel VII UN-Charta). Vor dem Hintergrund der Aussage Kofi Annans, dass „es keinen Frieden ohne Gerechtigkeit und keine Gerechtigkeit ohne Wahrheit gibt“, stellte Schomburg klar, das es uns als Menschen, auch als Juristen, niemals gelingen wird, die endgültige Wahrheit zu erforschen. Aber auf dem Wege zur Gerechtigkeit kann durch die Gerichte ein Beitrag auf supranationaler Ebene geleistet werden.

Allein am Jugoslawientribunal arbeiten Juristen aus 84 Ländern – dies bringt nicht nur Verständlichkeitsschwierigkeiten mit sich. Insbesondere rechtliche (anglo-amerikanisches und kontinental-europäisches System) und kulturelle Hintergründe erfordern neue Lösungsansätze. So wird versucht, je nachdem, wo die Richter im konkreten Fall herkommen, eine eigene Verfahrensordnung zu entwickeln.

Schwerste Straftaten verhindern

Der Erfolg des seit 1993 tätigen Jugoslawientribunals lässt sich anhand einiger Zahlen ablesen: So wurden 161 Personen wegen „schwerer Verletzungen des humanitären Völkerrechts“ angeklagt. Darunter fallen neben anderen Delikten Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie Deportation, Folter und Mord. Es gibt über 50 rechtskräftige Verurteilungen, 43 Verfahren sind rechtsanhängig und nach sechs Personen wird noch gefahndet. Das ruandische „Zwillingsgericht“ nahm 1994 seine Tätigkeit auf und soll die Verantwortlichen des Völkermordes der „100 Tage“ gerichtlich ahnden. Etwa eine Million Menschen verloren in dieser Zeit ihr Leben. Diese Masse namenloser Opfer machte den UN-Richter bei seiner Arbeit besonders betroffen.

Nach Auffassung von Schomburg ist auch eine juristische permanente UN-Interventionstruppe erforderlich, um allgemein anerkannte schwerste Straftaten gegen weltweite Interessen „schon im Keime zu ersticken oder – besser – zu verhindern“. ■

Martin Schweiger

(siehe Presseschau S. 39)

Neue Energien für die transatlantischen Beziehungen

Generalkonsul Rooney und Akademiedirektor Oberreuter vertrauen auf frischen Wind in den deutsch-amerikanischen Beziehungen durch persönliche Brücken und neue politische Energien.

Turbulenzen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen, die auch „durch Vorurteile entstanden“, so der amerikanische Generalkonsul Matthew M. Rooney „können durch persönliche Brücken gemildert werden“. Wichtige Instrumente der Beziehungspflege sind nach den Worten des Generalkonsuls ein konstruktiver Dialog und das Aufstellen guter Beispiele.

Generalkonsul Rooney und Akademiedirektor Heinrich Oberreuter eröffneten die gemeinsame Tagung „USA Today: A Fresh Look at Politics, Foreign Policy and the Media“. Oberreuter wies auf „die Verankerung rechtsstaatlicher Tradition auf beiden Seiten des Atlantiks und die Bedeutung politischer Bildung in Deutschland“ hin. Auch Unterschiede in der politischen Kultur, wie der hohe Grad an Eigenverantwortung in den Vereinigten



Optimistischer Blick in die Zukunft der transatlantischen Beziehungen: US-Generalkonsul Matthew M. Rooney (li.) und Akademiedirektor Heinrich Oberreuter.
Foto: Diewald

Staaten gegenüber dem deutschen Bild vom Sozial- und Versorgungsstaat, wurden angesprochen.

Rechtsstaatlichkeit und Demokratie seien das politische Ziel, das beide Staaten verfolgten, so das Fazit der Tagung, lediglich in der Gestaltung des politischen Weges gebe es unterschiedliche Vorstellungen in Berlin und Was-

hington. Gerade jetzt sei aber neue Energie zu verzeichnen, nicht zuletzt durch den Regierungswechsel in Berlin und die bestehenden guten persönlichen Beziehungen, die zu einer neuen Annäherung führen werden, stellten Rooney und Oberreuter zuversichtlich fest. ■

Karin Siebert

Steile Stufen haben ihren Schrecken verloren

Treppenlift erleichtert den Weg zum großen Hörsaal

Endlich konnten wir einen lang gehegten Wunsch unserer Tagungsgäste mit Handicap erfüllen: der bislang für viele Teilnehmer beschwerliche Weg zum großen Hörsaal hat seinen Schrecken verloren. Die steilen, gewundenen Stufen durch ein enges Treppenhaus hinauf sind im Zuge der jüngsten Umbaumaßnahmen durch einen motorisierten, halbautomatischen Treppenlift entschärft worden. Die Plattform mit Platz für einen Rollstuhl oder zwei Personen kann per Fernbedienung oder vom Steuerpult direkt am Lift gefahren werden. Auf unserem Foto testen Dozent Jürgen Weber (vorne) und Hausmeister Michael Wrase die Funktionstüchtigkeit der neuesten technischen Errungenschaft der Akademie.

Text und Foto: ms



Die Chancen der Akademie noch offensiver nutzen

Karin Siebert ist die neue Pressereferentin der Akademie

Karin Siebert ist seit Februar zuständig für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Akademie. Die 45-jährige Münchnerin ist gelernte Journalistin und Kommunikationswissenschaftlerin. Sie lebt mit ihren zwei Töchtern seit fünf Jahren in Tutzing. Wir stellen die neue Kollegin im Gespräch vor:

Report: Frau Siebert, Sie sind seit Februar Pressereferentin der Akademie. Wo haben Sie vorher journalistisch gearbeitet?

Siebert: Ich bin gelernte Zeitschriftenredakteurin. Damit habe ich gleich nach dem Studium begonnen. Fest angestellt war ich zuletzt bei „w&v – werben und verkaufen“, einer Fachzeitschrift der Werbe- und Kommunikationsbranche. Nach der Geburt meiner ersten Tochter 1991 habe ich immer freiberuflich gearbeitet; als Schlussredakteurin, Chefin vom Dienst oder Textchefin.

Welche Beziehung haben Sie zu unserer Region hier in Tutzing am Starnberger See?

Tutzing hat sich vor fünf Jahren für mich als Glücksfall erwiesen – nicht nur vom Lebensumfeld her –, obwohl ich zuerst dachte, weg von München, das heißt auch weg von meinen Auftraggebern. Hier bin ich mehr zum Schreiben gekommen und konnte den tagesaktuellen Lokaljournalismus bei der Starnberger Ausgabe der *Süddeutschen Zeitung* für mich als neue, reizvolle Aufgabe entdecken. Tagesaktualität fasziniert mich bis heute und ich werde ja auch weiter neben meiner neuen Tätigkeit in der Akademie für die Regionalzeitung freiberuflich arbeiten.

Sie wechseln als Pressereferentin auf die andere Seite des Schreibtisches. Ist das reizvoller oder nur anders?



Karin Siebert will als neue Pressereferentin noch mehr Journalisten für die Arbeit der Akademie interessieren.
Foto: Marquardt

Sowohl als auch. Es ist eine sehr reizvolle Aufgabe, dieses traditionsreiche Haus mit seiner ganzen Bandbreite zu präsentieren. Für mich ist neu, sich so stark mit der Akademie und ihrer Aufgabe zu identifizieren. Sie finden hier alles, was zur aktuellen Politik gehört: von den Wahlen in Italien bis zur Familien- und Arbeitsmarktpolitik. Alles das wird aber nur wahrgenommen, wenn es auch nach draußen dringt. Dies zu transportieren ist eine spannende Aufgabe und Dienstleistung gegenüber Öffentlichkeit und Journalisten.

Was war in Ihrer Tätigkeit hier in den vergangenen Wochen das Spannendste?

Alles war spannend und aufregend. Eine Top-Tagung reihte sich an die andere. Und man ist immer ganz hautnah dran an den Menschen, an den Politikern und Wissenschaftlern, die man sonst nur aus dem Fernsehen kennt. Die Tagung mit Vizekanzler Müntefering war sicher herausragend, aber auch am turbulentesten.

Hat eine Einrichtung wie unsere Akademie in der informationsüberfluteten Mediendemokratie noch eine Existenzberechtigung?

Auf jeden Fall, ja. Der direkte Austausch, die Treffen, die Gespräche miteinander – das ist alles viel befruchtender als der einsame Medienkonsum vor der Glotze. Auch für die Referenten ist ein solcher Schutzraum wichtig und eine Chance – ohne Kameras und Mikrofone, nicht immer im 1:30-Takt der Fernseh-Statements.

Aber wird nicht gerade dieser Schutzraum gestört, wenn es Ihre Aufgabe ist, immer mehr Journalisten mit Kamera und Mikrofon in die Tagungen zu holen?

Journalisten kennen die Regel „unter drei“ oder „off records“. Das heißt: jetzt bitte Mikros aus und nicht mit-schreiben – dieser Satz ist nur für Sie als Hintergrundinformation gedacht, aber nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Diese Fairness muss gewährleistet sein. Wer sich daran nicht hält, macht sich in der Zukunft unmöglich.

Zum Schluss eine Vision: Wie soll die Akademie in fünf Jahren dastehen?

Als ein offenes Haus, das zu grundsätzlichen, aber auch zu allen tagesaktuellen Themen, die in der Luft liegen, Profil zeigt. Mit der gebündelten Kompetenz des Kollegiums die Themen der Zeit aufgreifen und dies über die Tagungen und den Teilnehmerkreis hinaus nach außen transportieren. So werden wir unentbehrlich. Aber wir müssen unbedingt mehr junge Leute hier herholen, auch über bestimmte Berufsgruppen. Der Nachwuchs macht mir ein bisschen Sorgen.

Frau Siebert, wir danken für das Gespräch und wünschen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit. ■

Die Fragen stellte Michael Schröder

Piazolo verlässt Tutzing in Richtung Hauptstadt

Michael Piazolo verlässt nach 15 Dienstjahren die Akademie, um meinem Ruf an die Berliner Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege zu folgen. Direktor Heinrich Oberreuter würdigte die Arbeit des langjährigen Kollegen. Im Rahmen einer kleinen Feier zeichnete Jürgen Weber als dienstältester Dozent ein humorvolles Portrait, das wir hier in Auszügen bringen.

Vielfältig qualifiziert und engagiert

Michael Piazolo, von 1991 bis 2006 zunächst als Assistent, dann als Dozent in der Akademie für Europa, Staats- und Verfassungsrecht und Rechtspolitik zuständig, ist an die Berliner Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege gewechselt und hat am 1. April dort eine Professur angetreten. Für diese Karriere hat er sich vielfältig qualifiziert, vor allem durch seine Habilitation im Fach Politikwissenschaft an der Universität Augsburg im Frühjahr 2003, gewiss auch durch seine vorzügliche und fruchtbare Arbeit an der Akademie. Sie zeichnete sich aus durch Präzision, Kompetenz und Offenheit für neue Themen, nicht zuletzt auch durch ein Faible für Teamwork.

Vielfältig hat sich Piazolo auch außerhalb der Akademie engagiert: an der Hochschule für Politik in München und an der Universität Augsburg in der Lehre, in der Europa-Union und anderen Verbänden in der Gesellschaft sowie in supranationalen Projekten. Präsent ist unser Dozent aber auch in der Öffentlichkeit gewesen, der Akademie damit zusätzlich dienend. All diese Fähigkeiten verliehen seiner Stimme im Kollegium Gewicht. Im Hause und bei unseren Tagungsteilnehmern fand er Anerkennung.

Wieso geht so jemand? Weil er, was zum akademischen Leben gehört, neue Herausforderungen sucht, Erfahrung und Selbstständigkeit gewinnen will. Mit Mitte 40 ist man jung genug, um zu neuen Ufern aufzubrechen und sich im harten Berufswettbewerb durchzusetzen. Michael Piazolo wird dies auch in seinem neuen Umfeld glücken.

Die Akademie ist dankbar für 15 Jahre Zusammenarbeit und Engagement und sie wünscht für die Zukunft alles Gute.

Heinrich Oberreuter



Michael Piazolo:
Sympathisch und
ideenreich

... Mit ihm verbinden sich einige Merkmale, die auf einen interessanten Charakter schließen lassen, die man sich nicht erklären kann und einfach hinnehmen muß. Ich nenne nur einige davon:

- trotz seines Familiennamens ist er deutscher Staatsbürger;
- obwohl gebürtiger Schwabe, spricht er überraschend gut Hochdeutsch;
- er ist zwar Jurist von seiner Ausbildung her, aber in seinen Umgangsformen keineswegs rechthaberisch;
- obwohl sehr kunstsinnig, hat er ein Faible für den harten Mannschaftssport auf dem Fußballplatz;
- er ist ein ausgesprochener Musikfreund, aber meiner Erinnerung nach hat er noch kein einziges Mal auf den Gängen der Akademie, beim Mittagessen oder im Konvent gesungen;
- obwohl er recht gut lesen und schreiben kann, will er deshalb nicht eigens gelobt werden;
- obwohl er den Erzengel Michael zum Namenspatron hat, schätzt er den früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Teufel mehr als Edmund Stoiber;

• und schließlich: obwohl er die staubtrockenen Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches jederzeit zitieren kann, ist er zugleich ein Unterhaltungstalent von Lorientischem Format, wie wir beim Essen und bei vielen anderen ernststen Gelegenheiten, zum Beispiel im Konvent, immer wieder erleben konnten...

Er ist ein außergewöhnlich sympathischer Kollege und überaus engagierter Akademiedozent. Ideenreich und unverzagt hat er uns immer wieder auf Defizite in der Akademiarbeit hingewiesen und entsprechende Vorschläge gemacht. Sein Ceterum censeo galt neben den Inhalten vor allem auch dem äußeren Erscheinungsbild der Akademie und den formalen Abläufen, deren Einhaltung er immer wieder anmahnte. Auch als Personalratsvorsitzender nahm er manche Gelegenheit wahr, um wider den Stachel zu löcken, ganz der altrömischen Spruchweisheit gemäß: *suaviter in modo, fortiter in re*: verbindlich in der Form, aber hart in der Sache...

Alles in allem: Mit unserem Kollegen Piazolo konnte das Kollegium, konnte die ganze Akademie punkten...

Wenn man also noch einmal Revue passieren läßt, was Michael Piazolo hier in der Akademie und außerhalb alles auf den Weg gebracht hat und was er in Berlin vorhat, dann bestätigt sich wieder einmal der bekannte Spruch: Juristen sind zu allem fähig!

Piazolo geht also jetzt nach Berlin. Da wollen wir ihn nicht weiter bedauern. Die Folgen hat er sich selbst zuzuschreiben. Vermissen wird er auf jeden Fall das tägliche gepflegte Mittagessen am damastgedeckten Tisch in einem gediegenen Speisesaal. Kein freundliches weibliches Wesen wird ihm die Menüfolge ins Ohr flüstern. Stattdessen – das prophezeie ich – wird er sich atemlos auf die Suche nach einem Platz an einem Resopaltisch in einer Kantine machen, nachdem er sich zuvor an einem unwirtlichen Tresen zwischen Klopsen, Frikadellen oder einer Currywurst entschieden hat. Dann wird die Erinnerung an die schöne Zeit in der Akademie in ihm aufsteigen. ■

Jürgen Weber

Ursula Ernst in AUGSBURGER ALLGEMEINE vom 20. Februar 2006:

„Streber“ ist noch immer ein Schimpfwort

Bildungsexperten: Leistung wird im deutschen Schulsystem nicht wichtig genug genommen

„Wir haben ein gestörtes Verhältnis zur Bildung“, sagt Barbara Loos, Vorsitzende der Bundes-Direktoren-Konferenz und Schulleiterin eines Gymnasiums in Germering bei München. Schüler, die gute Noten schreiben, versteckten sich lieber, damit sie nicht als Streber geschmäht würden. Gut fünf Jahre nach dem ersten Pisa-Schock ist Bildung eines der wichtigsten Themen in Politik und Gesellschaft. Aber: Hat sich seither denn überhaupt etwas bewegt? Diese Frage diskutierten Experten bei der Tagung „Schulpolitik: mangelhaft? Lernen aus dem Pisa-Schock“ in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing am Starnberger See.

„Gleichgültigkeit und Befangenheit im Umgang mit Leistung sind zwei der auffälligsten Merkmale, durch die sich das deutsche Bildungssystem vom international üblichen unterscheidet“, sagt Professor Walter Schweidler (Böchum). Er zitiert Kinder, die erzählten, dass sich kein Mensch – weder Eltern noch Lehrer – dafür interessiere, was sie in der Schule erreicht oder verpatzt haben. Sie wüssten nicht und lernten auch nicht, was Leistung sei, warum man sie schätze und dass sie Freude mache, sagt Schweidler. Schüler würden damit um ein Lebelement betrogen: die Anstrengung.

Spaß am Lernen und Entdecken

Tiefgehende Bildungsreformen mahnt Professor Wassilios Fthenakis an, Leiter des Bayerischen Staatsinstituts für Frühpädagogik München. Bildung beginnt für ihn schon im Kleinkindalter. Kindergarten und Grundschule müssten die gleiche Bildungsphilosophie

haben, fordert er. Nur so könnten aufeinander aufbauend die Bildungsziele konsequent verfolgt werden. Und davon führt er einige an, die so in keinem Schulbuch stehen: Er will lernen, forschen und entdeckungsfreudige Kinder, kreative, fantasievolle und



Wassilios Fthenakis: „Bildung ist ein sozialer Prozess“. Foto: ms

künstlerische Kinder, Kinder, die sich sprachlich ausdrücken und mit den Medien umgehen können, und er will verantwortungsvoll und wertorientiert handelnde Kinder, die ihr kulturelles Umfeld selbstbewusst vertreten können. „Bildung ist ein sozialer Prozess“, sagt er.

Doch der Schulalltag hat von all dem bislang noch nicht so viel mitbekommen. Zwar haben Schulen heute die Freiheit, den Unterricht nach ihren eigenen Bedürfnissen zu gestalten. Sie können den Stundenrhythmus aufbrechen, sie können ihre Pausen frei gestalten, sie können jahrgangsübergreifende Klassen bilden und vieles mehr. Viele Schulen machen von diesen Möglichkeiten auch schon Gebrauch. Aber es sind noch zu wenige, klagt Ludwig Eckinger, Bundesvorsitzender

des Verbands Bildung und Erziehung. Dabei ist die Not an den Schulen groß. „Wir haben etwa zehn Prozent aktive Schulschwänzer in jedem Jahrgang, viele Schüler haben sich innerlich verabschiedet, dazu kommen rund zehn Prozent, die keinen Abschluss schaffen“, führt er an. Ein Drittel des Hauptschulunterrichts werde durch Disziplinierungsschwierigkeiten gestört. Bildung sei immer noch ein Privileg, klagt Eckinger. Der Löwenanteil der Finanzmittel gehe an die Gymnasien und Realschulen, die Hauptschulen seien die Stiefkinder des Systems.

Was braucht die Schule von morgen? Mehr Geld, sagt der bildungspolitische Sprecher der SPD, Hans-Ulrich Pfaffmann. Mehr engagierte und gut ausgebildete Lehrer fordert der Vorsitzende des Bayerischen Philologenverbands, Max Schmidt. Mehr Zeit zum Lernen und Fördern fordert Thomas Lillig, Vorsitzender der Bayerischen Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien. Mehr Bildungsgerechtigkeit.

Alle Kinder müssen ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden, fordern alle. Mehr Schulen, die selbstbewusst, selbständig und selbstverantwortlich ihre Arbeit machen, fordert Regina Pötke, Geschäftsführerin Bildungspakt Bayern. Schulen hätten schon heute viele Freiräume. Pötke: „Wir müssen raus aus dem Jammertal.“ Schule und Bildung brauchen einen neuen Stellenwert in der Gesellschaft.

(Siehe Bericht Seite 9)

Susanne Herr in: STRAUBINGER TAGBLATT vom 25. Januar 2006

800 Übersetzer für 57 Richter

Stolpersteine, Herausforderungen und Errungenschaften der internationalen Gerichtsbarkeit

... Auf einer Tagung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing berichteten Vertreter verschiedener Institutionen über die Schwierigkeiten, aber auch die bisherigen Errungenschaften der internationalen Gerichtsbarkeit. Wolfgang Schomburg, Richter bei den Internationalen Strafgerichtshöfen für das ehemalige Jugoslawien und Ruanda, warnt davor, das Sprachproblem zu unterschätzen: „Es ist eines der Hauptfehlerquellen bei den Verfahren.“ Hinzu kämen kulturelle Missverständnisse. „Vor allem in Ruanda hatte ich große Probleme, das Verhalten der Leute richtig einzuschätzen“, sagt Schomburg. Schwierigkeiten bereiten laut Schomburg auch die unterschiedlichen Hintergründe der Staatsanwälte und Richter, die im Fall der Internationalen Strafgerichtshöfe von den UN ernannt werden. Allein am Jugoslawien-Tribunal etwa seien 84 Staaten beteiligt. Zum einen sind manche der entsandten Juristen nach Ansicht von Schomburg schlicht nicht ausreichend qualifiziert. Zum anderen müssten die Gerichtshöfe mit dem Zusammenprallen des anglo-amerikanischen und des kontinental-europäischen Rechtssystems zurechtkommen. „Man versucht, eine eigene Verfahrensordnung zu entwickeln, je nachdem, wo die Richter im konkreten Fall herkommen“, beschreibt Schomburg den Lösungsansatz für dieses Problem.

Markus Zöckler vom Institut für Völkerrecht an der Ludwig-Maximilians-Universität in München verweist darüber hinaus auf den unterschiedlichen Umgang der Nationalstaaten mit internationalen Gerichtsentscheidungen. Der Stellenwert von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg etwa

hängt von der Stellung der Europäischen Menschenrechtskonvention in den jeweiligen Ländern ab. In Deutschland steht sie im Rang unter dem Grundgesetz auf der Ebene eines Bundesgesetzes. In Österreich dagegen genießt die Konvention Verfassungsrang.

Der Internationale Strafgerichtshof (UN-Kriegsverbrechertribunal) in Den Haag – der nicht zu verwechseln ist mit den Ad-hoc-Tribunalen für Ex-Jugoslawien und Ruanda – kämpft zudem mit der Ablehnung durch die USA. So ist der US-Präsident per Gesetz dazu ermächtigt, US-Staatsbürger, die sich in Den Haag vor dem Gericht verantworten müssten, auf militärischem Wege zu befreien. Eine Zusammenarbeit mit dem Gericht ist US-Behörden verboten. Außerdem könnte allen Staaten, die nicht Mitglied der Nato sind und das Statut ratifizieren, die US-Militärhilfe gestrichen werden. Dennoch ist Steffen Wirth vom Nutzen des UN-Kriegsverbrechertribunals überzeugt. Der Staatsanwalt bei der Anklagebehörde am Internationalen

Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien meint, dass Staaten dadurch ermutigt würden, Kriegsverbrechen selbst zu verfolgen: „Denn der Internationale Strafgerichtshof wird nicht aktiv, wenn ein Nationalstaat die Verfahren selbst ernsthaft vorantreibt.“

Eine Erfolgsgeschichte ist laut Völkerrechtler Zöckler auch der EGMR. „Er hat seine Kompetenzen und seine Wirkungskraft seit seiner Gründung 1959 schrittweise erhöht.“ Das Gericht habe sich als lebendiges Instrument erwiesen, das sich mit der Gesellschaft verändere. „Im Fall der Prügelstrafe an Schulen in England hat es seine Meinung zum Beispiel innerhalb weniger Jahre geändert“, erzählt Zöckler. „99,9 Prozent der Beschwerden kommen mittlerweile von Einzelpersonen, die durch den EGMR die Chance haben, sich gegen die Behandlung durch den eigenen Staat zu wehren.“ Nicht nur nationale, sondern auch andere internationale Gerichte würden sich mittlerweile an den Entscheidungen des EGMR orientieren. ...

(Siehe Bericht Seite 33)

Karin Siebert in: STARNBERGER SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 8. April 2006:

Geheimdienst hält die Stellung

Die Standorte des Bundesnachrichtendienstes in Tutzing, Söcking und Stockdorf bleiben erhalten. Das sagte gestern der ehemalige Präsident des BND, Hans-Georg Wieck, am Rande einer Tagung über Geheimdienste in der Politischen Akademie Tutzing zur SZ. Der vor ein paar Jahren beschlossene Umzug der gesamten Behörde nach Berlin hatte auch vorgesehen, dass die meisten „Außenstandorte im

Münchner Umland“ umziehen oder aufgelöst werden.

Bereits vor einigen Tagen war bekannt geworden, dass rund 750 Mitarbeiter als „Zugeständnis der Bundesregierung an die bayerische Staatsregierung“ bleiben werden. Details wollten die Geheimdienstler erst nach Abschluss der Verhandlungen zwischen Kanzleramt und Staatsregierung bekannt geben. ...

Markus Jox berichtet in der ABENDZEITUNG vom 27. März 2006:

Müntefering legt Reform auf Eis

Der Arbeitsminister teilt in Tutzing mit, dass er keine Lust mehr auf eine längere Probezeit hat

Der Vizekanzler ließ die Bombe wie nebenbei platzen. Im Plauderton referierte Franz Müntefering am Samstag vor Teilnehmern einer Tagung der Politischen Akademie Tutzing. Das Thema des Genossen: die Arbeitsmarktpolitik der großen Koalition. Der sozialdemokratische Arbeits- und Sozialminister erzählte Anekdoten aus der „Volksschule Sauerland“ und klopfte ein paar seiner besten Wahlkampf-Sprüche. Als er nach einer halben Stunde beim Thema Kündigungsschutz angekommen war, verfinsterte sich Münteferings Miene. Er drückte sein Kreuz durch und sagte: „Ich weiß nicht, ob Sie das schon mitbekommen haben: Aber in dem Bereich habe ich die Arbeit an einem Gesetzentwurf vorerst gestoppt.“

Mit dem Gesetzentwurf meinte der Minister die während der Koalitionsverhandlungen von Schwarzen und Roten vereinbarte Verlängerung der Probezeit für alle Neueingestellten von derzeit sechs Monate auf 24 Monate – der Kündigungsschutz sollte also erst nach zwei Jahren Betriebszugehörigkeit greifen. Er habe in den letzten Wochen von Verbänden, aber „auch vom Koalitionspartner aus diesem schönen Land“ – damit war natürlich die CSU in Bayern gemeint – vernommen, „dass die das gar nicht wollen“, fuhr Müntefering fort, um schließlich zum finalen Hieb anzusetzen: „Dann kann ich nur sagen: Ich hab’ das auch nicht gewollt. Dann machen wir halt nichts an der Stelle. Ich hab’ wirklich keine Lust drauf, mich da zu verkämpfen.“

Diese Äußerung des Ministers zu just dem Thema, das in Frankreich derzeit Schüler und Studenten auf die Barrikaden treibt, war nicht einfach so dahingesagt, sondern sorgfältig ge-

plant: Unmittelbar nach seiner Tutzinger Rede wiederholte Müntefering den Kündigungsschutz-Passus vor dem Hörfunk-Mikrofon des Bayerischen Rundfunks. Was die in der Koalition umstrittene Einführung von Kombi- und Mindestlöhnen angeht, zeigte sich Franz Müntefering gesprächsbereit: „Wir haben uns in Deutschland angewöhnt, uns ideologisch über Instrumente zu verhaken“, kritisierte er. Dabei seien Kombi- und Mindestlohn lediglich Mittel zum Zweck: „Das sind Instrumente – darüber kann man handeln mit mir.“ Ziel müsse sein, „mehr



Franz Müntefering: „Lebensabschnittspartnerschaft“ mit Angela Merkel“
Fotos: khw

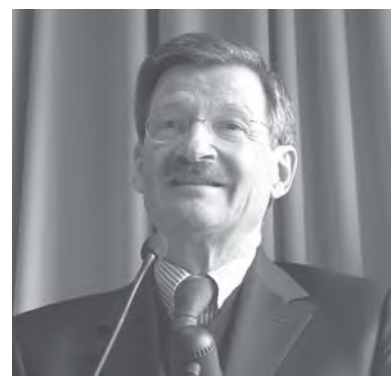
Menschen die Chance auf Arbeit zu geben“. Keinesfalls mit sich reden lassen will der Minister dagegen bei den von der Union geforderten betrieblichen Bündnissen. Flächentarifverträge und die damit verbundene Macht der Gewerkschaften sind dem Sozialdemokraten heilig.

Das Verhältnis zwischen SPD und Union, aber auch zwischen Müntefering und CDU-Chefin Angela Merkel persönlich habe sich ja während der Koalitionsverhandlungen „von Eises-

kälte zu einem turtelhaften Honey-moon“ entwickelt, staunte schließlich Akademieleiter Heinrich Oberreuter. „Ach, das ist eine Lebensabschnittspartnerschaft“ konterte Müntefering. „Die werden wir schon zu Ende kriegen, machen Sie sich da mal keine Sorgen.“ Und goss das Ganze in eine seiner berühmten Fußballmetaphern: „Wenn ein Junge aus Schalke und einer aus Dortmund zusammen in der Nationalmannschaft spielen und sich vertragen, dann ist das ein größeres Wunder als eine gute Zusammenarbeit in der großen Koalition.“

Gerhard Summer schreibt in der STARNBERGER SZ vom 27. März 2006 u.a.:

... Sein „Kombattant“ auf dem Podium, wie Akademiedirektor Heinrich Oberreuter das nennt, ist Hermann



Gegenrede kam von Hermann Otto Solms

Otto Solms von der FDP. Solms stimmt Müntefering vorwiegend zu, von Kampf kann keine Rede sein, eher von einem Solo für den Vizekanzler. Zweieinhalb Stunden lang analysiert vor allem Müntefering die komplexe Ma-

terie und redet über „Arbeitslosigkeit ohne Ende?“. Konzentriert, prägnant und oft mit trockenem Witz, beispielsweise, als es um den Transrapid und die Fähigkeit geht, Wissen umzusetzen: „Im Emsland haben wir den Transrapid zwei Jahre lang im Kreis fahren lassen, dann kamen die Chinesen und sagten, der kann auch geradeaus fahren – da hätten wir auch draufkommen können.“

Er hat eine Unmenge von Zahlen auf dem Schnürchen, ob zum Bundesetat oder zu den vielen Jugendlichen, die ohne Abschluss von der Schule gehen. Einmal borgt er sich Gerhard Schröder'sche Diktion („Ich will verstärken die Aktion unter 25“), ansonsten ist er ganz der „Münzte“: ein Politiker, der auch erzählt, wie's „bei uns im Dorf“ war. Einer, der die türkise Mineralwasserflasche stets mit dem Kronkorken verschließt, wenn er sein Glas gefüllt hat, und freundlich mit den Tagungsteilnehmern redet, ob sie ein Foto wollen oder Lösungen.

Mit letzteren ist der Arbeitsminister auf dem Podium ja knauserig. Seine Botschaft ist zwar klar: Deutschland soll ein Hochleistungs- und Hochlohnland bleiben, es muss bei Bildung, Qualifizierung, Forschung, Technologie an der Spitze bleiben. Und: Das Land hat trotz allem „zuversichtsgebende Perspektiven“. Aber wie er das Ruder herumreißen will, darüber spricht er nicht. Das hört sich dann fast so an, als sei er erst gestern an die Regierung gelangt. Als Wolfgang Quaisser vom Akademie-Team „offene Fragen“ konstatiert und Müntefering Details zum Mindest- oder Kombilohn entlocken will, reagiert der, wie Vollprofis eben reagieren: Er bleibt eloquent und sagt doch nichts dazu.

(Siehe Bericht auf den Seiten 3 - 8)

Olaf Jandura in: IfK NewsLetter Nr. 01/2006, Dresdner Institut für Kommunikationswissenschaft

Wahlnachlese in Tutzing

Wieso lagen die Meinungsforscher mit ihren Aussagen zur Wahl 2005 so daneben?

Um zu analysieren, wie das Wahlergebnis der letzten Bundestagswahl zustande kam, trafen sich Anfang November Politik- und Kommunikationswissenschaftler, Meinungsforscher und PR-Praktiker in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing am Starnberger See.



PR-Praktiker Mathias Machnig (links) und Kommunikationswissenschaftler Wolfgang Donsbach (rechts) – zwei der zahlreichen Analysten.

Der Frage, wie es zu diesem doch unerwartet engen Wahlausgang kam, näherten sich die Teilnehmer thematisch unterschiedlich. Die Perspektive des PR-Praktikers übernahm Mathias Machnig, der für die SPD-Wahlkämpfe 1998 und 2005 mitverantwortlich war. Er kam zu dem Schluss, dass die SPD den Wahlkampf aus der strategisch schlechtesten Position führen musste, aber die Union ihren Vorteil nicht umzusetzen wusste. Zentrale Fehler seien gewesen, dass sich die Union nur unzureichend mit ihrer Kanzlerkandidatin identifizierte und die gewonnenen Landtagswahlkämpfe als Zustimmung zur eigenen Politik gewertet wurden.

Die Meinungsforscher konnten dies bestätigen und versuchten außerdem, die großen Abweichungen zwischen Meinungsumfragen und dem Wahlergebnis zu erklären – lag dies an einem Messfehler oder am „Last Minute Swing“? Die Ergebnisse sprechen eher für die letztere Annahme. Viele Wähler waren vor der Wahl noch unentschlossen und gerade die Unentschlossenen wählten mehrheitlich SPD. Nur 23 Prozent derer, die sich nicht sicher waren, setzten ihr Kreuz bei der Union.

Welche Rolle die Medien im Bundestagswahlkampf spielten, analysierten die Politik- und Kommunikationswissenschaftler. Unter ihnen waren Jürgen Wilke (Mainz), Frank Brettschneider (Augsburg) und



Wolfgang Donsbach (Dresden). In ihren Vorträgen zeigte sich unter anderem, dass der Herausforderer seit 1980 erstmals wieder einen Bonus hatte: Angela Merkel kam häufiger in den Medien vor als Gerhard Schröder. Jedoch wurde Merkel bis zum Wahltag auch zunehmend negativer in den Medien dargestellt. Vor allem im September prägte das Medienbild der Union die Wahrnehmung der Partei in der Bevölkerung.

Am Ende der Tagung wurde der Blick nach vorn gewagt und darüber diskutiert, welche Chancen die Große Koalition hat und ob die Parteien an den Rändern des Parteiensystems ihre Position festigen bzw. ausbauen können.

Zum Wahlausgang in Italien äußerte sich Stefan Köppl gegenüber der BERLINER „BZ“ vom 13. April 2006:

Wohin führt Prodi Italien?



Wahlsieger Romano Prodi



Silvio Berlusconi konnte sich mit seiner Niederlage nicht abfinden

... Wie links wird Italien?

„Nicht sehr links, aber linker als jetzt“, sagte Stefan Köppl, Italien-Experte an der Akademie für politische Bildung in Tutzing der „BZ“. „Prodi ist ja eher gemäßigt, aber in seiner Koalition abhängig von den Kommunisten. Da wird er um einige linke Gesetze – etwa die Einführung der Homo-Ehe – nicht herumkommen.“

Wird Urlaub dort teurer?

Schon möglich. „Prodi hat im Wahlkampf viele soziale Versprechungen gemacht – das wird ohne Steuererhöhungen nicht gehen“, sagt Köppl. „Nicht ausgeschlossen, dass diese dann auch auf die Preise umgelegt werden.“ Eine Anhebung der Mehrwertsteuer werde es aber nicht geben.

Was ändert sich am Verhältnis zu Deutschland?

„Das Verhältnis ist schon jetzt gut. Es wird vermutlich noch besser werden:

Prodi ist sehr erfahren, wird sich keine diplomatischen Ausrutscher erlauben“, so Köppl. **„Zudem passen Merkel und Prodi sicher besser zusammen als die beiden Alphatiere Schröder und Berlusconi“.**

... und zu Europa?

Für den früheren EU-Kommissionspräsidenten Prodi hat die Europapolitik oberste Priorität. „Querschüsse aus Italien wird es nicht mehr geben“, glaubt der Politikwissenschaftler. „Im Gegenzug wird sich das Verhältnis zu den USA etwas abkühlen.“

Wie stabil wird die Regierung Prodi sein?

Die meisten Experten erwarten, dass sie allenfalls zwei Jahre hält. Grund: Prodi hat nur eine knappe Mehrheit, sein kommunistischer Koalitionspartner hat ihn 1998 schon einmal gestürzt. Köppl: „Prodi wird kaum zum Regieren kommen, weil er ständig zwischen

den Koalitionsparteien vermitteln muss.“

Was wird aus Berlusconi?

Politologe Köppl ist sich sicher: **„Berlusconi wird Oppositionsführer werden, die Wahl anfechten und Prodi das Leben schwer machen.“**

Gestern Abend verkündete Berlusconi, das Ergebnis der Parlamentswahlen sei nach seiner Ansicht durch Wahlbetrug zustande gekommen.

(Dazu demnächst unsere Tagung 30-3 vom 28. bis 30. Juli)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Juni

23-4* 6. – 9. Juni

Weiterbildung Jugendoffiziere (WBK IV)

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

23-1 11. – 14. Juni

Internationale und regionale Konflikte

In Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Saskia Hieber/Harald Geiss

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

24-1 18. Juni

Wenn Mozart heute zur Schule ginge ...

Ein Gespräch über Bildung

9. Passauer Tetralog im Rahmen der Europäischen Wochen Passau

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

25-1* 19. – 23. Juni

Visuelle Kommunikation

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder/Jutta Gruber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

25-2* 19. – 23. Juni

Zwischen laizistischem Staat und islamischer Kultur – Beitrittskandidat Türkei

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Karl-Heinz Willenborg/Wolfgang Quaisser/Angelika Klemenz-Klebl

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

25-3 23. – 25. Juni

Menschenwürdige Wirtschaftsordnung

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Leitung: Heinrich Oberreuter/Ulrich Blum/Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

26-2 28. Juni

Akademiegespräch im Landtag: Der EU-Beitritt der Türkei

Diskussion zwischen Sylvie Goulard und Baha Güngör

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

26-3 30. Juni – 1. Juli

UNO – Lässt sich Frieden organisieren?

In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für die Vereinten Nationen

Leitung: Saskia Hieber/Michael Piazo

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Juli

27-1* 3. – 5. Juli

China im Aufbruch – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Evangelischen Frauenbund,
dem Deutschen Frauenring und dem Katholischen Frauenbund/Landesverbände Bayern

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

27-2* 7. – 9. Juli

Mehr Gerechtigkeit in der Politik – aber wie?

Leitung: Direktor und Kollegium der Akademie

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

28-2 14. – 16. Juli

„Rebuilding Transatlantic Relations“

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

29-1* 19. Juli

Krisenherde der Weltpolitik

Tagung in Zusammenarbeit mit Studienseminaren für berufliche Schulen

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

30-3 28. – 30. Juli

Italien nach der Wahl

Perspektiven nach fünf Jahren Berlusconi

Leitung: Stefan Köppl

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

31-1* 31. Juli – 3. August

Ferienseminar 1:

Fragen zur Zeitgeschichte – Probleme der Gegenwart

für Geschichts- und Sozialkundelehrer/innen

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug	Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Heike Bäuerle	H.Baeuerle@apb-tutzing.de
Renate Heinz	R.Heinz@apb-tutzing.de
Ina Rauš	I.Raus@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

August

31-2 3. – 6. August

Ferienseminar 2:

Internationale Politik: Neues Asien – altes Europa

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

September

35-1 1. – 3. September

Drachen, Tiger, lahme Enten

Sommerakademie ASIEN: Politik und Wirtschaft

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

36-1* 4. – 7. September

Ferienseminar 3:

Die Soziale Marktwirtschaft Deutschlands im Standortwettbewerb

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

37-1 11. – 13. September

Alt – agil – aktiv! Leben und Wohnen im Alter

In Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung

Leitung: Miriam Wolf / Gerd Rudel

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

37-2 11. – 15. September

Aufgespießt und zugespitzt

Kommentar- und Glossenwerkstatt mit Peter Linden

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

37-3 15. – 16. September

Ausverkauf der Meinungsvielfalt?

Publizistische und politische Folgen der Medienkonzentration

In Zusammenarbeit mit dem Münchner Arbeitskreis Öffentlicher Rundfunk (MAR)

Leitung: Michael Schröder / Walter Hömberg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

38-1* 18. – 21. September

Wasser, Öl und Religionen – Spannungsfeld Naher Osten

Tagung mit dem Verband des landwirtschaftlich-technischen Dienstes Bayern

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

38-2 22. – 24. September

Verschiedenheit neu denken

Neuere Forschungen zu Toleranz und Multikulturalismus

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft zur Erforschung des politischen Denkens e.V.

Leitung: Miriam Wolf / Henning Ottmann

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

39-2* 25. – 29. September

Eine Welt

Entwicklungsländer und Industrieländer in gegenseitiger Abhängigkeit

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Eva-Maria Post

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Oktober

40-1 5. – 6. Oktober

Der deutsche Mittelstand: Zwischen binnenwirtschaftlichen Problemen und internationaler Wettbewerbsfähigkeit

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

41-1* 9. – 13. Oktober

Soziale Inklusion und Exklusion auf dem Westbalkan

45. Internationale Hochschulwoche mit der Südosteuropa-Gesellschaft München

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

41-2 13. – 15. Oktober

Kriege – Krisen – Katastrophen

Medien im Ausnahmezustand

Leitung: Saskia Hieber / Michael Schröder / Miriam Wolf

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

42-1* 16. – 20. Oktober

Sozialpraktische Grundbildung und Sozialkunde am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Gymnasium

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

42-2 16. – 18. Oktober

Grenzen des Zeigbaren

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Medienkompetenz (EAM)

Leitung: Michael Schröder / Kathrin Geiger

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

42-3 20. – 21. Oktober

Dem Raubtier auf die Zähne gefühlt:

Turbokapitalismus versus Soziale Marktwirtschaft

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

43-1 23. – 25. Oktober

Afrika verstehen lernen

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

43-2 27. – 29. Oktober

Privatheit zwischen Freiheit und Sicherheit

In Zusammenarbeit mit der Fachhochschule München

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Marie-Theres Tinnefeld / Thomas Petri

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

43-3* 23. – 25. Oktober

Geistige Grundlagen Europas

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Miriam Wolf / Anna Kübel / Renate Markoff

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Akademie für Politische Bildung
Postfach 1162, 82323 Tutzing
Pressesendung DPAG
„Entgelt bezahlt“, B 42656

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter referierte zur Entwicklung der Grundsatzprogrammatik der CSU in Bamberg, Fürstenfeldbruck und Berg. In der Wies sprach er über Politikverdrossenheit und wie man ihr begegnen könnte. In München analysierte er die Ausgangslage für die bayerischen Kommunalwahlen 2008. In Posen referierte er am dortigen Westinstitut sowie vor dem Deutschen Wirtschaftskreis über Begründung, Gegenwart und Zukunftshorizont der Großen Koalition.

BEIRAT

Prälat Dr. Valentin Doering feierte seinen 65-jährigen Geburtstag. Die Akademie gratuliert sehr herzlich und dankt für sein Engagement im Beirat. Sein allzeit fundierter, perspektivenreicher und wohlformulierter Rat erlangt stets Aufmerksamkeit und erfreut sich großer Wertschätzung. Wir möchten ihn nicht missen.



KOLLEGIUM

Saskia Hieber hielt am 21. Februar an der NATO Schule Oberammergau einen Vortrag über Verteidigungsdoktrin und Sicherheitspolitik ostasiatischer Staaten und moderierte am 9. März im Gasteig ein Podiumsgespräch zu Chinas Wirtschaftsentwicklung, „China – Wirtschaftsmacht des 21. Jahrhunderts?“. Sie bietet im Sommersemester an der Universität München im Rahmen des laufenden Lehrauftrages die Übung „Energiesicherheit und Wirtschaftspolitik in Asien“ an.

Stefan Köppl hielt Vorträge in Triest, Treviso, Vicenza und Verona zur aktuellen politischen Lage in Deutschland. In Passau analysierte er die Bundestagswahl 2005 und referierte zum Thema Frauen in der italienischen Politik. Im Rahmen des Düsseldorfer Forums für Politische Kommunikation sprach er über politische Kultur als Bollwerk gegen die Mediokratie.

Dr. Michael Schröder moderierte in Mainz auf dem 10. Bundeskongress „Medien – Demokratie – Bildung: Zwischen Inszenierung und Information“ die Sektion „Das Internet – neue Formen der Kommunikation“.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ.....Ort.....

Tel..... Fax..... E-Mail.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing